ausgabe 2.2018 | www.mehr-demokratie.de

mdmagazin

ZEITSCHRIFT FÜR DIREKTE DEMOKRATIE

Einladung zur Mitgliederversammlung
S. 34
Vorstandswahlen
S. 37

MEHR DEMOKRATIE
30 Jahre

Sie steht im Koalitionsvertrag!
Wie bekommen wir direkte Demokratie auf Bundesebene?

ab Seite 4

Glyphosat: Ein Thema für die Volksabstimmung?

ab Seite 14

Direkte Demokratie in Österreich
FPÖ bricht Wahlversprechen

ab Seite 21

INHALT

BUNDESWEITE VOLKSENTSCHEIDE

4 DIREKTE DEMOKRATIE STEHT DRIN. DIE ARBEIT GEHT WEITER.
7 EIN GEBURTSTAGSGESCHENK FÜR MEHR DEMOKRATIE
8 MEHR DEMOKRATIE IN DER ALLIANZ VIELFÄLTIGE DEMOKRATIE

EUROPA

11 GROSSE KOALITION WILL CETA UMSETZEN, ABER ...
12 DIE EU BRAUCHT EINEN BÜRGERKONVENT!

GRUNDLAGEN

14 GLYPHOSAT: EIN THEMA FÜR DIE VOLKSABSTIMMUNG?

BUNDESLÄNDER

16 DEMOKRATIE VON UNTEN WACHSEN LASSEN
18 NEUES AUS DEN LANDESVERBÄNDEN

REZENSION

20 DEMOKRATIE DEMOKRATISIEREN

INTERNATIONAL

21 KOALITIONSBEDINGUNG FÜR DIREKTE DEMOKRATIE VERSENKT
24 DIREKTE DEMOKRATIE INS GESPRÄCH GEBRACHT
26 KURZ NOTIERT

OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE

28 RINGGESPRÄCHE IN UNTERNEHMEN

GRUNDLAGEN

30 GEGENREDE ZUR NEO-OBRIGKEITLICHEN SKEPSIS GEGENÜBER VOLKSENTSCHEIDEN

MD INTERN

34 EINLADUNG ZUR BUNDESMITGLIEDERVERSAMMLUNG
37 BUNDESVORSTANDSWAHL: DIE KANDIDIERENDEN STELLEN SICH VOR

MEHR DEMOKRATIE WIRD 30
Am 15. September, dem internationalen Tag der Demokratie, feiert Mehr Demokratie seinen 30. Geburtstag in Berlin. Beachten Sie die Rückseite!

TITELBILD **JAN HAGELSTEIN**, LINKS OBEN **JAN HAGELSTEIN**, LINKS MITTE **LUTZ BOHM / FLICKR (CC BY-SA 2.0)**, LINKS UNTEN **PHOTOCASE**

Liebe Leserinnen und Leser,

Claudine Nierth, Bundesvorstandssprecherin von Mehr Demokratie.

das erste Mal stehen in einem Regierungsvertrag „direkte Demokratie“ und „Bürgerbeteiligung“ (siehe Artikel ab Seite 4). Das Maximum der GroKo – hart errungen – ist das Minimum. Für uns. Und sicher auch für die 72 Prozent, die in einer Umfrage im September kurz vor der Wahl gesagt haben: Wir wollen Volksentscheide auch auf Bundesebene!

Das gibt uns jetzt nicht nur den Grund, sondern auch den Anlass, hart weiter zu kämpfen, den Erfolg mit dem Gelingen zu verbinden und dafür einzustehen, trotz der Bedenkenträger in der Regierung. Vor allem kommt es auf kluge Regelungen an, damit die Enttäuschung nicht alle Hoffnungen zunichte macht.

Solche klugen Regelungen brauchen wir auch in den Bundesländern. In Baden-Württemberg startet Mehr Demokratie deshalb einen Volksantrag für direkte Demokratie in den Landkreisen (siehe Seite 16), in Bremen ein Volksbegehren für das bürgerfreundliche Wahlrecht (Seite 19), und in Hessen werden die Bürger/innen im Herbst über Verfassungsänderungen entscheiden. Darin enthalten: deutliche Erleichterungen für Volksbegehren (Seite 19).

Und auch der Kampf gegen CETA und verwandte Handelsabkommen muss weitergehen! Die Volksinitiative gegen CETA in Schleswig-Holstein hat die Landesregierung dazu gebracht, dem Handelsvertrag mit Kanada im Bundesrat nicht zuzustimmen – ein großer und wichtiger Erfolg! Denn die neue Große Koalition will CETA umsetzen, unsere Kritik an den demokratiefeindlichen Teilen des Abkommens ignoriert sie (siehe Artikel auf Seite 11). Doch wir werden dranbleiben!

Wer möchte, dass in diesem Land alle Menschen an Bord bleiben, muss alle Menschen an Bord holen. Für mich mich sind direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung die Gangway. Die gilt es jetzt zu bauen.

Ihre

Claudine Nierth

DIREKTE DEMOKRATIE STEHT DRIN. DIE ARBEIT GEHT WEITER.

Eine neue Regierung ist gebildet – wie machen wir weiter?

VON **RALF-UWE BECK**

Wir haben gelernt – aus jedem Wahlkampf etwas. Aus dem von 2013, dass wir unsere Kräfte einteilen, während der Koalitionsverhandlungen Druck aufbauen müssen und dafür einen langen Atem brauchen. Aber dass es sechs Monate dauern könnte, bis die Regierung gebildet, der Koalitionsvertrag unterschrieben ist … damit hat wohl niemand gerechnet, wir freilich auch nicht.

Bei allen Unkenrufen, was wir nun wirklich erreicht haben, steht eines kaum in Zweifel: Der Verein Mehr Demokratie mit all seinen Mitarbeitenden, mit vielen, wirklich vielen ehrenamtlich Engagierten, ist mit dieser Kampagne zur Hochform aufgelaufen.

Wir haben während des Wahlkampfes die 90 Wahlkreise bearbeitet, in denen wir die Politiker/innen vermutet haben, die bei den Koalitionsverhandlungen eine Rolle spielen könnten. Wir haben – was es so kräftig und so entschlossen für den bundesweiten Volksentscheid bisher noch nicht gab – ein Bündnis aus 36 Organisationen geschmiedet. Wir haben binnen kürzester Zeit 270.000 Unterschriften gesammelt. Wir haben unsere Lobbyarbeit verdreifacht und mehr als 100 Gespräche mit Parteivorständen, Abgeordneten, Staatssekretären, Ministerinnen, sogar mit dem Bundespräsidenten geführt. Wir haben keinen der Parteitage von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und CSU ausgelassen, die Viertelmillion Unterschriften symbolisch fünf Mal übergeben. Das Ziel all dessen: Eine Formulierung im Koalitionsvertrag, die möglichst nah an unseren Forderungen die Einführung der direkten Demokratie auf Bundesebene garantiert.

Zum ersten Mal steht in einem Koalitionsvertrag, den die CDU mit verhandelt hat, das Stichwort „direkte Demokratie“.

Das haben wir zwar nicht geschafft. Aber … Zum ersten Mal steht in einem Koalitionsvertrag, den die CDU mit verhandelt hat, das Stichwort „direkte Demokratie“. Damit ist die Tür zum bundesweiten Volksentscheid einen Spaltbreit offen. Das, liebe Freundinnen und Freunde der Demokratie, ist bereits ein politischer Erfolg. Es ist Ergebnis unserer Kampagne. Und daraus entwickelt sich das Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre.

„Ohne Volksabstimmung ist alles Banane!“: Der „Bananensprayer“ Thomas Baumgärtel in Aktion vor dem Konrad-Adenauer-Haus, kurz bevor die Koalitionsverhandler/innen dort eintreffen. (Fotostrecke: Jan Hagelstein, Michael von der Lohe)

Was steht im Koalitionsvertrag?

Natürlich hat der Passus im Koalitionsvertrag Scharniere, über die sich die Tür schnell wieder zuschlagen lässt. Da steht:

> *„Wir werden eine Expertenkommission einsetzen, die Vorschläge erarbeiten soll, ob und in welcher Form unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt werden kann. Zudem sollen Vorschläge zur Stärkung demokratischer Prozesse erarbeitet werden.“*

Eine Expertenkommission garantiert noch lange nicht den Einstieg in den Ausbau der direkten Demokratie auf Bundesebene, zumal sie untersuchen soll, „ob“ dies überhaupt ein gangbarer Weg ist. Was also ist daran erfolgreich?

Verständlich wird dies, wenn wir uns den Ausgangspunkt vergegenwärtigen. Noch 2013 stand die Forderung nach dem bundesweiten Volksentscheid ganz selbstverständlich in den Wahlprogrammen von Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP und SPD. Gerade die SPD hatte zuvor einen vollmundigen Parteitagsbeschluss gefasst und folgerichtig einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht. Noch dazu einen guten, der von der Überzeugung getragen war, dass die parlamentarische Demokratie den Hang zum Besseren am ehesten mit der direkten Demokratie erklimmen kann. Im Programm der SPD für die Bundestagswahl 2017 war aus direkter Demokratie „direkte Beteiligung“ geworden. Keine Rede mehr vom bundesweiten Volksentscheid. Ähnliches bei der FDP.

Die direkte Demokratie schien im vergangenen Sommer bei fast allen Parteien diskreditiert.

Die gesamte Debatte um die direkte Demokratie war durch den Brexit verunsichert. Ein Missverständnis, klar, weil der Brexit auf eine Befragung zurückgeht, die von „oben“ angesetzt war – eine Form der direkten Demokratie, die wir gerade nicht fordern. Aber wer ein Thema versenken will, kümmert sich kaum um eine sachgerechte Differenzierung, trägt die Verunsicherung vor sich her, um das Thema auf Abstand zu halten.

Hinzu kam die Wahl von Donald Trump und das Wiedererstarken der AfD in der Flüchtlingskrise. Die AfD hat die direkte Demokratie im Wahlkampf besetzt, und zwar ebenfalls nicht sonderlich differenziert. Die direkte Demokratie jedenfalls schien im vergangenen Sommer bei fast allen Parteien diskreditiert. Ausnahme: Die CSU. Ihre Mitglieder haben sie bei der ersten Mitgliederbefragung ihrer Geschichte auf die Forderung nach dem bundesweiten Volksentscheid festgelegt. Aber nicht nur das, sie hat damit auch wirklich ernst gemacht, die Forderung in ihren Bayernplan aufgenommen und sogar eine Garantie abgegeben, das Thema bei den Verhandlungen um die Regierung auf den Tisch zu legen. Das hat sie dann sehr verlässlich auch getan.

SPD und FDP wieder im Boot

Es hat sich – je länger verhandelt wurde, umso mehr – einiges geklärt. Während der Jamaika-Verhandlungen ist die FDP eingeschwenkt, so dass sich Bündnis 90/Die Grünen, FDP und CSU auf einen Kompromiss verständigen konnten. Dahinter wird keine der Parteien wieder zurückfallen können. Es darf also zukünftig wieder mit der FDP gerechnet werden. Und vielleicht entdeckt die Partei, die Bürgerrechte lange Zeit auf dem Schirm hatte, die Bürgerbeteiligung überhaupt wieder für sich. ▸

Und die SPD ist während der Koalitionsverhandlungen dann über sich und ihr Wahlprogramm hinausgewachsen. Sie steht im Wort, an ihre Programmatik anzuknüpfen und das Thema wieder dorthin zu holen, wo es hingehört – nach vorn. Und nicht zuletzt wird sich die CDU endlich nicht mehr der Debatte verweigern können. Wie oft haben wir uns mit Argumenten aus dem Neandertal der Diskussion befassen müssen, mit den ewig gestrigen Bedenken. Das wird sich ändern; der Bedarf, das Thema zu durchdringen, wird wachsen.

Wir haben die direkte Demokratie aus der depressiven Delle geholt. Wir müssen, bevor wir über den bundesweiten Volksentscheid reden, nun nicht mehr erst anderthalb Stunden den Brexit bearbeiten. Ablesbar ist dies auch bei unseren Partnern aus der Zivilgesellschaft. Viele, wie in unserem Bündnis, haben ihre Vorbehalte aufgegeben oder nach hinten gestellt und treten konsequenter als noch vor einem Jahr für die direkte Demokratie ein. Jüngst gab es ein Netzwerktreffen zum gerechten Welthandel. Die Akteure denken plötzlich von sich aus über eine europäische Bürgerinitiative nach und fragen ganz gespannt, wie es um die bundesweite Volksabstimmung steht.

Wir haben die direkte Demokratie aus der depressiven Delle geholt.

Wie geht es jetzt weiter?

Auf diese Partnerschaften werden wir bauen. Aus dem Koalitionsvertrag ergibt sich unser Arbeitsprogramm. Zunächst: Das „ob“ muss weg. Wir haben es in den Ländern längst hinter uns. Die direkte Demokratie ist in ausnahmslos allen Verfassungen angekommen. Der Schwenk der CSU kommt doch nicht von ungefähr. In Bayern macht sie Erfahrungen mit der direkten Demokratie, die kaum plausibel machen, warum uns das Instrument auf Bundesebene vorenthalten wird. Es kann doch nur noch darum gehen, „wie“ die direkte Demokratie zu gestalten ist. Und genau besehen gibt das der Koalitionsvertrag auch her. Denn dort steht ja auch, zu klären sei, „in welcher Form“ Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie auszubauen sind. Da haben wir eine Menge Ideen.

Wir werden die Expertenkommission unterstützen und kritisch begleiten, werden unser gesamtes Know-How anbieten. Eines darf nicht passieren: dass der Prozess mit einem netten Bericht – und ergebnislos – abschließt! Wir wollen einen klaren Fahrplan sehen und erwarten handfeste Ergebnisse. Hier werden wir dranbleiben!

Die Tür zum bundesweiten Volksentscheid steht einen Spaltbreit offen. In diesen Spalt hinein werden wir arbeiten. /

Ralf-Uwe Beck
Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie.

Claudine Nierth
Bundesvorstandssprecherin von Mehr Demokratie.

Roman Huber
Geschäftsführender Bundesvorstand von Mehr Demokratie.

EIN GEBURTSTAGSGESCHENK FÜR MEHR DEMOKRATIE

Ein Mitglied möchte, dass der Mehr Demokratie-Stiftungsfonds größer wird. Und hat dafür 50.000 Euro gestiftet.

VON **KATRIN TOBER**

Im Jahr 2015 haben vier Menschen den Mehr Demokratie-Stiftungsfonds unter dem Dach der GLS Treuhand gegründet, um Mehr Demokratie auf lange Sicht zu fördern. "Anstiften zum Stiften" hieß das Motto der ersten Stunde. Genau dieses Motto hat sich Daniel Schily, Gründungsmitglied von Mehr Demokratie, zu eigen gemacht und eine Zustiftung in Höhe von bis zu 50.000 Euro zugesagt. Gedacht als Geburtstagsgeschenk zum 30jährigen Vereinsjubiläum, das in diesem Jahr ansteht.

Aber die Zustiftung wird nicht einfach an den Stiftungsfonds überwiesen. Wir bekommen das Geld nur, wenn sich weitere Menschen zu einer Zustiftung entschließen. So soll jede Zustiftung quasi verdoppelt werden. Wenn also jemand 1.000 Euro stiftet, dann kommen von unserem Spender noch einmal 1.000 Euro hinzu.

Daniel Schily möchte uns ermuntern, den Stiftungsfonds bekannter zu machen und er will erreichen, dass bis Jahresende nicht nur seine eigenen 50.000 Euro, sondern möglichst 100.000 Euro in den Stiftungsfonds fließen. Denn die Demokratie zu bewahren und zeitgemäß weiter zu entwickeln, ist und bleibt eine Daueraufgabe. Das weiß er als Mitinitiator von Mehr Demokratie nur allzu gut.

Erwünscht sind Zustiftungen ab einer Höhe von 500 Euro. Wenn Sie Fragen rund um die Zustiftung haben oder wenn Sie an den Stiftungsfonds spenden möchten, melden Sie sich gerne. Selbstverständlich können Sie die Spenden und Zustiftungen steuerlich geltend machen. /

ZUSTIFTEN IN DEN STIFTUNGSFONDS

Wir freuen uns, wenn Sie darüber nachdenken, den Stiftungsfonds zu unterstützen. Gemeinsam können wir die Weiterentwicklung der Demokratie fördern.

KONTAKT
Bitte nehmen Sie Kontakt mit uns auf, wenn Sie Fragen haben oder weitere Informationen benötigen.

Ansprechpartnerinnen
Mehr Demokratie e. V.
Katrin Tober
Tel.: 0421-79 46 370
katrin.tober@mehr-demokratie.de

GLS Treuhand
Christiane Altenkamp
Tel.: 0234-579 753 51
christiane.altenkamp@gls-treuhand.de

MEHR INFORMATIONEN
Es gibt verschiedene Möglichkeiten, den Stiftungsfonds zu unterstützen. Gerne senden wir Ihnen unser Infoblatt zu den Optionen als pdf-Dokument zu (bestellbar bei Katrin Tober, Kontakt siehe links).
www.mehr-demokratie.de/stiftungsfonds.html

BANKVERBINDUNG FÜR IHRE ZUWENDUNG
Für Zustiftungen und Spenden nutzen Sie bitte die Kontoverbindung des Stiftungsfonds:

Kontoinhaber:
Dachstiftung für individuelles Schenken
IBAN: DE54 4306 0967 0103 7008 00
BIC: GENODEM1GLS
Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG in Bochum
Verwendungszweck:
Stiftungsfonds MEHR DEMOKRATIE-Stiftung

MEHR DEMOKRATIE IN DER ALLIANZ VIELFÄLTIGE DEMOKRATIE

Auf der Suche nach neuen Kooperationsmöglichkeiten zwischen direkter Demokratie, Parlament und Bürgerbeteiligung.

VON **SUSANNE SOCHER** UND **CLAUDINE NIERTH**

Da saßen wir nun, zwischen Ministerialbeamten, Staatssekretärinnen, Bürgermeistern, Verwaltungsfachleuten und Politikerinnen: in der Allianz Vielfältige Demokratie. Zusammen mit insgesamt etwa 120 Menschen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft hatte die Bertelsmann Stiftung auch uns eingeladen: Claudine Nierth, Susanne Socher und Daniel Schily von Mehr Demokratie*. Zwei Jahre lang sollten wir alle zusammenarbeiten, überlegen, diskutieren und Vorschläge erarbeiten, wie die vielfältige Demokratie in Deutschland funktioniert.

Bei der Auftaktveranstaltung im Herbst 2015 stand zunächst ein vorsichtiges gegenseitiges Beäugen auf dem Programm. Wohin führt dieser Vorstoß? Wer nimmt an diesem Format teil? Lohnt es sich, hier Zeit und Arbeit zu investieren? Wird es die direkte Demokratie und die Bürgerbeteiligung im Land voranbringen?

Wir tasteten ab und fühlten vor. Erste, zunächst kontroverse Diskussionen in zahlreichen, gut vorbereiteten Treffen und Sitzungen. Wir drei Verfechter/innen der direkten Demokratie erlebten uns anfangs als die Exoten. Aber irgendwann wurde uns klar: Wir schmieden tatsächlich alle am gleichen Eisen. Zu erleben, dass wir nicht allein unterwegs waren, tat uns gut. Jede/r brachte die eigenen Erfahrungen ein: die Politik aus den Parlamenten, die Verwaltung aus der Umsetzung und wir aus der Bürgerbegehrensberatung. Man nahm uns ernst und unsere Expertise dankbar auf.

Was macht eine vielfältige Demokratie aus?

Es schälte sich die Erkenntnis heraus: Gute Demokratie funktioniert dann, wenn die drei Säulen der Demokratie, die repräsentative, die dialogische und die direkte Demokratie, einander ergänzen, ineinandergreifen und kombiniert werden. Gewählte Parlamente, einberufene Bürgerräte und Volksabstimmungen stärken die Demokratie, wenn sie sich nicht als Konkurrenten, sondern als Kooperationspartner verstehen. Und zwar gleichberechtigt nebeneinander. Jede einzelne Säule trägt die Demokratie. Worin die eine schwach ist, da hat die andere ihre Stärke. Das heißt in der Praxis, dass die Bürger/innen nicht nur Wähler/innen sind, sondern zugleich auch beraten und entscheiden. Je nachdem, wann was ge-

* Für Nachfragen: Ein Honorar gab es für unser Mitwirken nicht.

Zwei Jahre lang diskutierten 120 Menschen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft darüber, wie sich die Demokratie festigen und beleben lässt. Foto: Thomas Kunsch

braucht wird. Das ist der Ausdruck ihrer Souveränität.

In der Abschlussveranstaltung im Januar 2018, nach zweijähriger Arbeit, brachte es Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung aus Baden-Württemberg, so auf den Punkt:

> *„Wer in Politik und Verwaltung die Bürger/innen nicht beteiligt aus Angst, schlafende Hunde zu wecken, der täuscht sich. Denn gerade, wenn man sie nicht beteiligt, dann wird der Hund wach und dann beißt er auch.“*

Was in der Zusammenfassung klar erscheint, bedurfte im gesamten Prozess einiger Diskussion – zum Beispiel das Verhältnis von direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung. In der Regel wird ein Beteiligungsverfahren von den gewählten Vertreter/innen beauftragt und eingesetzt, meistens mit dem Ziel, die Bürger/innen über ein Vorhaben zu informieren oder sie beraten zu lassen. Die Ergebnisse fließen dann im Idealfall in die parlamentarischen Entscheidungen oder in die Verwaltungsarbeit mit ein. Auf der anderen Seite steht die direkte Demokratie. Sie kann Prozesse anregen, indem die Bürger/innen selbst Themen durch Bürgerbegehren auf die Agenda setzen, oder Beschlüsse der Parlamente per Entscheid infrage stellen.

Wie gelingt ein Zusammenspiel dieser Verfahren?

An uns wurde die Frage gestellt: Wie können Dialogverfahren mit direktdemokratischen Verfahren sinnvoll verknüpft werden? Herausgearbeitet haben wir: Das ist zu fast jedem Zeitpunkt möglich und sinnvoll. So kann beispielsweise vor einem Bürgerentscheid ein Dialogverfahren hilfreich sein, um den Inhalt der Abstimmung genauer zu definieren. Oder das Ergebnis eines Dialogverfahrens macht einen Bürgerentscheid überflüssig, weil das Parlament die Empfehlung übernimmt. Auch im Anschluss an eine erfolgreiche Initiative oder ein Bürgerbegehren kann ein Dialog einberufen werden, um eine weitere Alternative zu entwickeln und mit zur Abstimmung zu stellen, um so eine Kontroverse zu entschärfen.

Außerdem helfen Dialogformate, die Diskussionen vor einer Abstimmung zu strukturieren. Sie lassen Informationen besser fließen und regen alle Seiten dazu an, sich verständlich und umfassend zu erklären. Nach einem Bürgerentscheid ▸

Susanne Socher, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Daniel Schily und Claudine Nierth (v.l.n.r.)

kann ein Dialogverfahren Details der Umsetzung planen und gestalten. Schließlich kann auch mit einem direktdemokratischen Verfahren die Durchführung eines Dialogverfahrens gefordert werden.

Das alles kann wunderbar funktionieren – gewisse Rahmenbedingungen vorausgesetzt. Das sind zum einen gute gesetzliche Grundlagen und zum anderen eine positive Grundhaltung der Beteiligten: Nur wer davon überzeugt ist, dass Lösungen und Entscheidungen besser werden, wenn die Menschen beteiligt sind, kann dialogische wie direktdemokratische Verfahren erfolgreich durchführen. Wer jedoch misstraut und meint, es besser als die anderen zu wissen, wird enttäuscht. Arglist und Missgunst belasten oder verhindern gar demokratische Prozesse.

Rechtlich müssen diese Prozesse fair geregelt sein: möglichst viele Themen müssen für Volksabstimmungen zugelassen, Beteiligungssatzungen oder –leitfäden klar formuliert und rechtlich verankert sein. Dazu braucht es moderate Quoren, die auch realistisch sind. Denn wenn über das Thema am Ende nicht entschieden werden kann, weil das Quorum zu hoch ist, wären die Bemühungen umsonst gewesen. Das erzeugt Frust. Auch muss das Parlament entscheiden dürfen, eine bestimmte Frage an die Bürger/innen zu delegieren oder selbst eine Alternativvorlage zu beschließen. Diese Alternativvorlage kann – wie oben beschrieben – in einem Dialogverfahren erarbeitet worden sein. Stehen mehrere Vorlagen zur Abstimmung, sollte die Verwaltung eine neutrale Stichfrage formulieren, so wie es in Bayern schon üblich ist.

Im Optimalfall werden die Ergebnisse und die zur Abstimmung stehenden Fragen in einer Informationsbroschüre transparent und nachvollziehbar dargestellt. Nur mit einer umfassenden Information können am Ende auch gute Entscheidungen gefällt werden.

Nicht zu vernachlässigen sind auch Transparenz und Flexibilität. Je frühzeitiger die Menschen wissen, dass zu einer bestimmten Frage ein Dialogverfahren, ein direktdemokratisches Verfahren oder eine Kombination aus beidem erwogen wird, desto besser. Dann kommunizieren Bürger/innen und ihre Vertreter/innen und die Verwaltung eher auf Augenhöhe.

DOKUMENTATION

Mehr über das Projekt und seine Ergebnisse sowie verschiedene Publikationen zum kostenlosen Download finden Sie unter www.bertelsmann-stiftung.de/allianz-vielfaeltige-demokratie-ergebnisse

Vielfältige Demokratie auch auf Bundesebene!

Am Ende der Zusammenarbeit stand die klare Forderung im Raum: Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie brauchen wir auch auf Bundesebene als Ergänzung zur parlamentarischen Demokratie. Und klar, am besten miteinander verknüpft!

Unser Fazit: Die zweijährige Mitarbeit in der Allianz Vielfältige Demokratie hat sich gelohnt. Die Bertelsmann Stiftung hat eine ganze Reihe interessanter Broschüren aus unserer Arbeit erstellt und damit die Akzeptanz von Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie in der Breite gestärkt. Wir haben uns gut vernetzt, zahlreiche neue Kontakte geknüpft, Berührungsängste und Vorurteile auf allen Seiten abgebaut und vor allem unsere Expertise einfließen lassen. Sogar eine Einladung zum Bundespräsidenten kam auf diesem Wege in's Haus.

All dies gelang uns, weil wir vielen Menschen – auch Skeptiker/innen direkter Demokratie – persönlich begegnen und einen offenen Austausch pflegen konnten. Jetzt geht es darum, die Erkenntnisse zu verbreiten und schließlich anzuwenden. Denn je mehr sich die drei Säulen der Demokratie verbinden, desto umfassender sind die Lösungen und größer die Zufriedenheit aller Beteiligten. /

Susanne Socher
Bürgerbegehrensberaterin, Geschäftsführerin von Mehr Demokratie Bayern.

Claudine Nierth
Bundesvorstandssprecherin von Mehr Demokratie.

GROSSE KOALITION WILL CETA UMSETZEN, ABER...

... vorm Verfassungsgericht und im Bundesrat können wir das noch verhindern!

VON **NICOLA QUARZ**

CETA im Koalitionsvertrag

Die Große Koalition will „in Deutschland die Voraussetzungen dafür schaffen, dass das CETA-Abkommen umfassend in Kraft treten kann" – darauf haben sich SPD, CDU und CSU im Koalitionsvertrag verständigt. Mit CETA seien „zukunftsweisende Regelungen für den Schutz von Umwelt und Gesundheit, Arbeitnehmerrechten, öffentlicher Daseinsvorsorge und für einen fortschrittlichen Investitionsschutz" vereinbart worden (siehe Koalitionsvertrag ab Seite 65).

Diese Formulierungen ändern nichts daran, dass CETA in vielen Punkten eine Gefahr für die Demokratie darstellt. Es ist damit zu rechnen, dass noch in diesem Jahr das Zustimmungsgesetz zu CETA in den Bundestag eingebracht wird. Dann kommen die Verfassungsbeschwerden gegen das umstrittene Abkommen ins Spiel, die vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig sind.

Verfassungsbeschwerde gegen CETA

Spätestens in dem Moment, in dem ein deutsches Ratifizierungsgesetz zu CETA vorliegt, heißt es für Mehr Demokratie wieder: „auf nach Karlsruhe!". Denn dann steht das Hauptsacheverfahren an, in dem das Bundesverfassungsgericht prüft, in welchen Punkten CETA gegen das Grundgesetz verstößt. Neben den umstrittenen Investorenschutz-Gerichten wird es vor allem um das Ausschusssystem in CETA gehen, dem nach Ansicht von Mehr Demokratie und seinen Bündnispartnern die demokratische Legitimation fehlt.

Es ist damit zu rechnen, dass noch in diesem Jahr das Zustimmungsgesetz zu CETA in den Bundestag eingebracht wird. Dann kommen die Verfassungsbeschwerden ins Spiel.

Bundesrat muss zustimmen

Damit CETA endgültig in Kraft treten kann, muss in Deutschland außerdem nicht nur der Bundestag, sondern auch der Bundesrat zustimmen (siehe **md**magazin Nr. 114, Seite 16). Auch hier gibt es gute Nachrichten: Die Volksinitiative in Schleswig Holstein war insofern erfolgreich, als dass sich das Land im Bundesrat enthalten wird. Noch hat CETA im Bundesrat keine sichere Mehrheit.

Auch international geht der Widerstand weiter

Die belgische Regierung hatte den Europäischen Gerichtshof (EuGH) im vergangenen Herbst dazu aufgefordert zu prüfen, ob die Investorenschutz-Gerichte mit dem EU-Recht vereinbar sind. Die Entscheidung des EuGH darüber steht noch aus. Aber selbst wenn der EuGH keinen Verstoß gegen Europarecht feststellte, hieße dies noch lange nicht, dass der Investorenschutz auch mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

Das in den Niederlanden geplante Referendum gegen CETA ist in Gefahr. Die niederländische Regierung will das fakultative Referendum abschaffen mittels eines Gesetzes, das aufgrund eines juristischen Tricks selbst nicht mehr mit einem Referendum angegriffen werden kann (siehe **md**magazin Nr. 115, Seite 26). Gegen dieses Vorgehen hat unsere Partnerorganisation Meer Democratie nun Rechtsmittel ergriffen.

CETA ist also noch lange nicht „durch". Gemeinsam mit unseren Mitstreiter/innen werden wir weiterhin auf allen Ebenen dafür kämpfen, dass das undemokratische Abkommen nicht endgültig in Kraft treten kann. /

Nicola Quarz
Juristin, koordiniert die Verfassungsbeschwerde gegen CETA für Mehr Demokratie.

DIE EU BRAUCHT EINEN BÜRGERKONVENT!

Bei der dringend anstehenden Erneuerung der EU führt an den Bürger/innen kein Weg vorbei.

VON **ALEXANDER TRENNHEUSER**

Wie steht es um Europa?

Schwere Krisen haben die Europäische Union in den letzten zehn Jahren durchgeschüttelt. Das Erschreckendste: Keine einzige davon wurde wirklich gelöst. Weder wurden die notwendigen Strukturreformen zur Lösung der Euro-Krise angegangen. Noch gibt es tragfähige Vereinbarungen zwischen den Staaten über die Aufnahme von Flüchtlingen, geschweige denn eine Idee, wie mit dem Erstarken rechter, die EU ablehnender Parteien in zahlreichen europäischen Staaten umgegangen werden soll.

Aufgeschoben ist nie aufgehoben. Und doch schiebt die EU sämtliche Probleme nur vor sich her, nutzt aber kaum die Zeit, die durch den Aufschub gewonnen wird. Weitgehende Reformen wären nötig; aber der alte Weg, die Aushandlung von EU-Verträgen in langen nächtlichen Runden der Staats- und Regierungschefs, wird von den Menschen in Europa nicht mehr mitgetragen.

Was braucht die Europäische Union?

Die EU braucht einen demokratischen Neustart! Denn ihre wirtschaftspolitisch geprägten Anfänge kennzeichnen sie bis heute. Inzwischen bestimmt die EU die Lebenswirklichkeit der Bürger/innen – wie stark, das ist vielen Menschen vielleicht erst mit der Eurokrise oder der Debatte um die Freihandelsabkommen TTIP und CETA klar geworden. Dass etwa Wohnraum in vielen Regionen Deutschlands unbezahlbar geworden ist, steht in engem Zusammenhang mit der ungelösten Eurokrise und der Nullzins-Politik der Europäischen Zentralbank. Und ob der Umgang der eigenen Gemeinde mit einem Investor vor einem internationalen Privat-Schiedsgericht enden kann, liegt in der Hand der europäischen Handelspolitik. Das alles geschieht, ohne dass im Gegenzug das schon sprichwörtliche Demokratiedefizit der EU ernsthaft angepackt würde. Die Staats- und Regierungschefs scheinen sich nicht mehr zu trauen, größere EU-Reformen anzustoßen.

Demokratische Staaten, die miteinander Handel treiben, führen keine Kriege gegeneinander. Wir verdanken es der europäischen Zusammenarbeit, dass es seit 70 Jahren zwischen den Mitgliedsstaaten keine kriegerischen Auseinandersetzungen mehr gab. Wenn sich die EU aber weiterhin unfähig zeigt, ihre zentralen Probleme zu lösen, wird der bereits jetzt zu beobachtende

Rückzug in alte Nationalismen diese enge Kooperation vielleicht bald in Frage stellen. Es ist schließlich nicht unvorstellbar, dass weitere Staaten dem britischen Beispiel folgen könnten.

Welche aktuellen Impulse zur Reform der Europäischen Union gibt es?

Den vielleicht wichtigsten Anstoß gab im September 2017 der französische Staatspräsident Emmanuel Macron. In zwei aufeinanderfolgenden Reden in Paris und Athen forderte er eine „Neugründung Europas", deren Grundzüge die Bürger/innen europaweit in „Mini-Konventen" diskutieren sollten. In seinen Reden sprach er wesentliche Punkte an. So forderte er ein Eurozonenbudget mit einem dafür zuständigen Ministerium, eine abgestimmte Flüchtlingspolitik, eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik, aber auch vermeintliche Kleinigkeiten wie ein europäisches Erasmus-Jahr für Studierende und Lehrlinge.

Wir brauchen einen demokratisch legitimierten Europäischen Konvent, der die Demokratiefrage in den Mittelpunkt stellt.

ALEXANDER TRENNHEUSER

Die Antwort aus Deutschland auf diese Forderung lässt auf sich warten. Zwar stellt der Koalitionsvertrag von Union und SPD Europa in den Mittelpunkt. Vieles im Vertragswerk bleibt aber vage Absichtserklärung.

Ohnehin ist fraglich, ob die EU durch den Impuls eines Staatschefs zu den tiefgreifenden Reformen kommen kann, die nötig wären. Es besteht die Gefahr, dass die Debatte innerhalb der europäischen Institutionen verbleibt. Die von Macron skizzierten Mini-Konvente europäischer Bürger/innen könnten diese Gefahr bannen, doch bleibt der französische Präsident Ideen schuldig, wie die Konvente am Gesamtprozess genau mitwirken können. Gute Beteiligung gelingt aber nur dann, wenn der Beteiligungsprozess transparent und in allen Details ausgefeilt ist.

Was schlägt Mehr Demokratie vor?

Wir wollen die Europäische Union von einem Projekt wirtschaftlicher Zusammenarbeit endlich zu einem Europa der Bürger/innen weiterentwickeln. Wir brauchen einen demokratisch legitimierten Europäischen Konvent, der die Demokratiefrage in den Mittelpunkt stellt. Wir brauchen eine Neugründung der EU. Natürlich baut diese auf den Errungenschaften der letzten 70 Jahre auf, doch inzwischen führt unserer Auffassung nach an den Bürger/innen kein Weg mehr vorbei.

2016 und 2017 hat Mehr Demokratie Ideen für die politische Fortentwicklung Europas auf zwei Mitgliederversammlungen eingehend diskutiert und die Forderung eines Europäischen Konvents beschlossen. Ein Europa der Bürger/innen kann nur durch einen Konvent entstehen. Dieser Konvent sollte seine Arbeitsabläufe und sein Tempo selbst bestimmen können, so transparent wie möglich arbeiten und die Bürger/innen umfassend einbeziehen. Bürger/innen sollen nach dem Zufallsprinzip in den Konvent berufen werden, sich im Beratungsprozess beteiligen können und vor allem: das Ergebnis dieses Konvents durch Volksabstimmungen bestätigen – oder ablehnen können.

Wie gehen wir weiter vor?

Dass bei *Pulse of Europe* und anderen Bewegungen viele tausend Menschen für die Zukunft Europas demonstrieren, zeigt, dass wir mit unseren Vorschlägen den Nerv der Zeit treffen. Der nordrhein-westfälische Landesverband von Mehr Demokratie organisiert mehrere Veranstaltungen im Rahmen der Kampagne „European Public Sphere"; so tragen wir die Debatte um die Zukunft Europas auf die Straßen und Plätze.

Und wir wollen uns zusammentun mit Mitstreiter/innen in der deutschen und vor allen Dingen der europäischen Zivilgesellschaft, die sich unseren Vorschlägen anschließen. Wir wollen keinen Wochenend-Konvent, auf dem Staats- und Regierungschefs halbgare Kompromisse schmieden, die nur ein weiteres Weiter-So begründen, sondern einen echten Konvent, der eine europäische Verfassung begründet und dessen Ergebnisse den Bürger/innen zur Volksabstimmung vorgelegt werden. Dafür werden wir auf einem Symposium im März in Kassel, einem gemeinsam mit ATTAC organisierten Kongress im Oktober, sowie beim *Global Forum of Modern Direct Democracy* im September in Rom werben. Zu den EU-Parlamentswahlen Anfang im Mai 2019 werden wir dann erneut der Konventsforderung europaweit öffentlich Gehör verschaffen. Sich damit zu beschäftigen, wie uns das gelingen kann, ist eine der spannendsten Aufgaben für die nächsten Monate! /

INFORMIEREN UND AKTIV WERDEN:

„Global Forum of Modern Direct Democracy"
vom 26.-29. September 2018 in Rom
https://2018globalforum.com

Mehr Demokratie-Arbeitskreis Europa/Welt
www.mehr-demokratie.de/ueber-uns/organisation/arbeitskreise/europa-und-welt/

„European Public Sphere"
facebook.com/EuropeanPublicSphere

Alexander Trennheuser
Mitglied im Bundesvorstand von Mehr Demokratie, Geschäftsführer von Mehr Demokratie Nordrhein-Westfalen.

Das Pflanzenvernichtungsmittel Glyphosat kommt vor allem in der industriellen Landwirtschaft, aber auch in Kleingärten zum Einsatz. Foto: Lutz Bohm / FlickR (CC BY-SA 2.0)

GLYPHOSAT: EIN THEMA FÜR DIE VOLKS-ABSTIMMUNG?

Anne Dänner und Sarah Händel haben sich und andere gefragt: Wie würden wir über Glyphosat diskutieren, wenn wir über sein Verbot direkt abstimmen könnten?

FRAGEN **NEELKE WAGNER**

Ende 2017 habt ihr von Mehr Demokratie aus eine „Glyphosat-Debatte" gestartet. Was steckt dahinter?

Viele Bürger/innen waren richtiggehend entsetzt darüber, wie Landwirtschaftsminister Schmidt sich in Brüssel bei der Glyphosat-Abstimmung verhalten hat. Da setzte einer scheinbar einfach seine eigene Meinung durch – entgegen der Absprachen mit dem Koalitionspartner. Wie viel Lobby steckt wohl hinter einem so radikalen Vorgehen? Ich fand den Gedanken spannend, bei diesem aufgeladenen Thema die Situation umzudrehen: Was ist, wenn nicht einer entscheidet, sondern alle?

Hinter der Volksabstimmungs-Idee steht für mich ein ganz bestimmtes Menschenbild. Die Debatte und der Austausch, die vor einer Abstimmung stattfinden, sind mindestens genauso wichtig wie der Entscheid selbst. Und das Glyphosat-Thema zeigt, warum wir solche Debatten brauchen. Viele Menschen haben davon gehört. Die meisten haben eine Meinung, aber kein vertieftes Wissen dazu. Wir haben also so getan, als könnten wir tatsächlich demnächst über Glyphosat abstimmen. Und dafür haben wir Fakten und Pro- und Contra-Argumente gesammelt.

Was waren für euch die wichtigsten Erkenntnisse?

Beim Thema Glyphosat spielen viele Emotionen mit hinein, und das ist auch kein Wunder – schließlich geht es dabei um unsere Gesundheit. Die Menschen werden misstrauischer, was (industrielle) Produktionsprozesse von Nahrungsmitteln angeht. Sie fragen sich: „Über was wird wohl alles hinweggesehen, um den Profit hochzuhalten?“ Ich denke, das Vertrauen kann nur wieder wachsen, wenn wir diese Debatten ehrlich führen und zeigen, dass es keine einfachen Antworten gibt. Besonders interessant fand ich die Erkenntnisse der Biologin Maria Finck. Sie sagt, dass Glyphosat direkt nicht schädlich sei, aber beispielsweise Resistenzen gegenüber Antibiotika verursacht. Und dass es weniger auf die akute Giftigkeit eines Stoffes ankomme, als darauf, was passiert, wenn ein Organismus diesem Stoff über längere Zeit ausgesetzt wird und welche Wechselwirkungen er mit anderen Stoffen in unserem Körper auslöst. Mir persönlich wird es immer etwas mulmig, wenn wir in großen Ausmaß Stoffe einsetzen, über deren Langzeitwirkung wir augenscheinlich so wenig wissen.

Ich habe festgestellt, dass auch mein eigenes Wissen über Glyphosat recht oberflächlich war. Ich hatte ursprünglich Bienen-Sterben, Gift im Essen und Mono-Kulturen im Kopf. Je tiefer man einsteigt, desto mehr muss man seine ursprüngliche Position überdenken. Ein Beispiel: Insektenarten verschwinden nicht, weil sie vergiftet werden, zumindest nicht durch Glyphosat. Ihnen wird die Nahrungsgrundlage entzogen, weil weniger Heu und mehr Silo gemacht wird. Deswegen gibt es weniger Wiesen mit einer Vielfalt von blühenden Pflanzen. Eigentlich müssten wir darüber diskutieren, wie Landwirtschaft betrieben wird, nicht nur über ein einzelnes Mittel. Ich fand noch etwas spannend: Das Thema Glyphosat erhitzt die Gemüter – auch unsere eigenen. Die einzelnen Gespräche, auch mit den Befürworter/innen, habe ich trotz kritischer Nachfragen von unserer Seite als sehr sachlich empfunden. Fazit: Wenn man direkt miteinander ins Gespräch geht, ist es viel schwieriger „die andere Seite“ zu verurteilen und zu beschimpfen, als wenn die Debatte virtuell stattfindet.

Was halten eure Gesprächspartner/innen von einem Volksentscheid über Glyphosat?

Die Angst vor einer „Fehlentscheidung“ der Bürger/innen war sowohl auf der Pro- als auch auf der Contra-Seite zu spüren. Weder die Umweltverbände noch der Bauern- oder Raiffeisenverband scheinen sich sicher zu sein, dass sie die Menschen mit ihren Argumenten überzeugen können. Zugleich nannten sie immer wieder die Verbraucher/innen als wichtigen Faktor: „Die Leute sind nicht bereit, mehr Geld für hochwertige Lebensmittel zu bezahlen.“, „Die Verbraucher bestimmen mit, wie unsere Landschaften aussehen. Als Konsument/innen scheinen wir eine enorme Macht zu haben – als Bürger/innen haben wir diesen Einfluss nicht.

Interessanterweise waren noch nicht einmal alle Organisationen, die Glyphosat verbieten wollen, für eine Volksabstimmung darüber. So etwas sollten doch lieber die Expert/innen beurteilen, aber dabei bitte geltende Prinzipien wie das Vorsorgeprinzip berücksichtigen. Dass über das Thema Ernährung und Landwirtschaft endlich eine tiefere Debatte in der Gesellschaft geführt wird, wünschten sich dagegen fast alle. Und tatsächlich habe ich den Eindruck, dass die Debatte um das Glyphosat nur das greifbare Symptom eines weit tiefer gehenden Unbehagens ist.

Wärt ihr nach den Gesprächen für eine Volksabstimmung über Glyphosat?

Eine Abstimmung über den einzelnen Wirkstoff fände ich nach dieser Debatte nicht mehr sinnvoll – aber über die Rahmenbedingungen schon. Martin Rücker von foodwatch hat es auf den Punkt gebracht: „Wir können den Streit der Forscher/innen nicht auflösen.“ Aber wir können durchaus darüber entscheiden, ob wir uns am Vorsorgeprinzip orientieren oder einen risikobasierten Ansatz verfolgen wollen. Man könnte auch darüber abstimmen, ob es in Ordnung ist, wenn für die Risikobewertung Studien der Hersteller mit einbezogen werden. Derzeit greifen die bewertenden Institute auf Daten der Firmen zurück, die die Stoffe verkaufen wollen – das mag billiger sein, als eigene Studien in Auftrag zu geben, aber es scheint mir ein Riesen-Einfallstor für Lobbyismus. Und ob man das will, ist keine wissenschaftliche, sondern eine politische Entscheidung, die auch die Bürger/innen treffen könnten.

Ich glaube, wenn wir bundesweite Abstimmungen hätten, würde sich die Situation von ganz alleine auflösen. Denn wenn etwa die Umweltverbände ein Volksbegehren starten könnten, dann würden sie sicherlich die grundsätzlichen Fragen in den Blick nehmen: Wie wollen wir uns ernähren? Wie behandeln wir unsere Nutztiere? Wie sollen die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft aussehen? Ihre konkreten Vorschläge dazu zu erfahren, das fände ich wahnsinnig spannend! /

GLYPHOSAT: DIE DEBATTE
Die Gespräche mit neun Expert/innen zum Thema finden Sie online unter
www.mehr-demokratie.de/glyphosat-debatte

Sarah Händel
Mitglied im Bundesvorstand von Mehr Demokratie, Geschäftsführerin von Mehr Demokratie Baden-Württemberg.

Anne Dänner
Bundespressesprecherin und Bereichsleitung der Öffentlichkeitsarbeit von Mehr Demokratie.

DEMOKRATIE VON UNTEN WACHSEN LASSEN

Volksantrag für die Einführung direkter Demokratie in den Landkreisen Baden-Württembergs gestartet!

VON **SARAH HÄNDEL**

Muten wir den Menschen zu viel zu, wenn wir den bundesweiten Volksentscheid fordern? Viele sagen uns: Die Demokratie soll von unten wachsen, die Leute müssen erst einmal das Instrument kennenlernen, dann können wir uns irgendwann auch auf die Bundesebene trauen. Im Prinzip sehen wir das auch so. Deswegen kümmert sich Mehr Demokratie in allen Bundesländern kontinuierlich darum, dass die Menschen die Instrumente der direkten Demokratie leichter nutzen können und sie besser kennenlernen. In den Kommunen klappt das immer besser. Auf Landesebene hingegen noch sehr schleppend, weil die Unterschriftenhürden größtenteils noch viel zu hoch sind. Aber was ist eigentlich mit der Ebene dazwischen? Was ist mit den Landkreisen?

Kleine Königreiche statt Bürgermitsprache

In Baden-Württemberg werden die Landkreise gern als kleine Königreiche bezeichnet. Denn sie haben viel Wichtiges zu entscheiden, doch gibt es wenige öffentliche Debatten dazu. Zusätzlich haben wir im Ländle noch ein spezielles Problem: Viele Bürgermeister/innen sitzen auch im Kreistag. Das führt hin und wieder zu Interessenkonflikten. Dennoch haben die Bürger/innen bisher keine Chance, per Bürgerbegehren eine Entscheidung ihres Kreistages für alle zur Abstimmung zu stellen oder per Einwohnerantrag eine eigene Forderung auf die Agenda ihres Kreistages zu setzen.

Überall, wo demokratisch entschieden wird, sollten die Bürger/innen das Recht haben, selbst aktiv zu werden. Im Kreistag geht es um Krankenhäuser, den öffentlichen Nahverkehr, Müll- und Abwasserwirtschaft, Wirtschaftsförderung und noch vieles mehr. Auch bei diesen Themen sollen zukünftig Bürgerentscheide möglich werden, wenn genügend Bürger/innen das per Unterschrift einfordern.

Demokratielücke schließen!

Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir am 14. Februar unseren ersten Volksantrag gestartet. Der Volksantrag wurde in Baden-Württemberg 2015 eingeführt. Mit ihm können die Bürger/innen selbst Gesetzentwürfe in den Landtag einbringen. Kommen die nötigen 40.000 Unterstützungs-Unterschriften zusammen, muss der Landtag den Vorschlag behandeln und dazu eine Entscheidung treffen.

WELCHE THEMEN WÜRDEN SICH FÜR DIE BÜRGER/INNEN AUF KREISEBENE ÖFFNEN?

Ein Bürgerbegehren oder Einwohnerantrag ist denkbar über:

- die Schließung eines Krankenhauses
- besseren öffentlichen Nahverkehr
- ein umfassendes Klimaschutzkonzept für den Landkreis

UNSER VORSCHLAG FÜR DIE REGELN

Hürde Bürgerbegehren:

Unterschriften von 7 Prozent aller wahlberechtigten Einwohner/innen aus dem Landkreis. Erfolgreiche Bürgerbegehren führen zu einem kreisweiten Bürgerentscheid.

Hürde Einwohnerantrag:

1.000 Unterschriften von Einwohner/innen ab 14 Jahren. Einwohneranträge setzen ein Thema zur Behandlung auf die Tagesordnung, die Entscheidung in der Sache verbleibt beim Kreistag.

Start der Unterschriftensammlung beim Aschermittwoch der FDP in Karlsruhe. Weitere Termine mit Parteien und Kreisrät/innen sind geplant.

Parlamentsmehrheit erreichen

Volksanträge können nur zum Erfolg führen, wenn die Initiativen mit den Parteien im Parlament zusammen arbeiten, denn schließlich braucht es eine Parlamentsmehrheit für ihren Vorschlag. Deswegen sind wir früh auf die Landtagsfraktionen zugegangen und haben unsere Idee vorgestellt, auch um Feedback zu erhalten. Das tolle Ergebnis: Viele der im Landtag vertretenen Parteien unterstützen unseren Volksantrag! Eigentlich ist nur noch die CDU grundsätzlich skeptisch. Doch auch ihr fällt es schwer, Gegenargumente zu finden, denn: Alle anderen Bundesländer außer Hessen und Baden-Württemberg haben schon direkte Demokratie auf Ebene der Landkreise.

Zusammen mit weiteren Unterstützern wie dem deutschen Gewerkschaftsbund, dem Bund für Umwelt und Naturschutz oder dem Bund der Steuerzahler haben wir uns das Ziel gesetzt, den ersten gleich doppelt erfolgreichen Volksantrag in Baden-Württemberg zu schaffen. Dazu müssen wir:

1. die 40.000 Unterschriften zusammen bekommen und
2. das Landesparlament dazu bewegen, tatsächlich die Einführung von Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Einwohneranträgen in den 35 Landkreisen zu beschließen!

Volksantrag unterstützen: Jede Unterschrift zählt!

Dafür reicht es nicht, dass ein paar Organisationen sich zusammentun, es braucht die Bürgerinnen und Bürger. Sie müssen mit ihrer Unterschrift den Politiker/innen zeigen, dass sie sich mehr Mitsprache wünschen. Wir bitten Sie deswegen herzlich: Wenn Sie in Baden-Württemberg wahlberechtigt sind, dann laden Sie sich das Unterstützungsformular herunter, füllen es aus und senden es uns zurück (siehe Info-Kasten rechts). Wenn Sie Familie, Freund/innen und Bekannte in Baden-Württemberg haben, erzählen Sie ihnen von unserem Volksantrag. Gewinnen Sie weitere Unterstützer/innen und schicken Sie uns einen Packen ausgefüllter Formulare ins Büro. Jetzt haben wir die Chance, gemeinsam die letzte Demokratie-Lücke in Baden-Württemberg zu schließen und der Demokratie einen weiteren Boden zu schenken, auf dem sie wachsen kann! /

HELFEN SIE MIT!

Unterstützungsformular, Infomaterial und mehr Informationen zum Volksantrag verfügbar unter:
www.volksantrag-bw.de
Unterschreiben können Menschen mit Wahlrecht in Baden-Württemberg.

Formular ausdrucken, ausfüllen und schicken an:
Mehr Demokratie e.V. Baden-Württemberg
Rotebühlstrasse 86 /1, 70178 Stuttgart

Aktiv werden
Bitte melden Sie sich bei uns, wenn Sie vor Ort aktiv werden wollen, unter info@mitentscheiden.de oder 0711-509 1010.

Sarah Händel
Mitglied im Bundesvorstand von Mehr Demokratie, Geschäftsführerin von Mehr Demokratie Baden-Württemberg.

NEUES AUS DEN LANDESVERBÄNDEN

mit Terminen vor Ort.

Baden-Württemberg

Am 14. Februar hat ein breites Bündnis den ersten Volksantrag des Bundeslandes gestartet (siehe Artikel auf Seite 16). Ziel ist die Einführung von Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Einwohneranträgen auf Ebene der Landkreise.

Auf der Mitgliederversammlung am 15. April (siehe Termine) werden Sammel-Strategien vorgestellt und kleine Schulungen zu den Landkreisen angeboten. Auch die Änderung des Landtagswahlrechts steht weiter auf der Agenda. Obwohl der grün-schwarze Koalitionsvertrag eine Einigung in diesem Punkt enthält, verweigert die CDU-Fraktion eine Reform, die unter anderem den niedrigen Frauenanteil unter den Abgeordneten erhöhen soll.

Bayern

Bei der Transparenz liegt Bayern im bundesweiten Vergleich auf dem letzten Platz: Es gibt immer noch kein Informationsfreiheitsgesetz, geschweige denn ein Transparenzgesetz auf Landesebene. Der Landesverband führt daher intensive Gespräche mit allen Parteien, damit sie eine entsprechende Regelung in ihre Wahlprogramme für die Landtagswahlen im Oktober 2018 aufnehmen. Auch Pressegespräche und Veranstaltungen zum Thema sind geplant.

In Memmingen organisiert Mehr Demokratie ein *Fest der Demokratie und der Menschenrechte* mit (siehe Termine). Des Weiteren arbeiten die Aktivengruppen des Landesverbands an einem Schulprojekt und an einer Reihe an Veranstaltungen, die in den kommenden Monaten stattfinden sollen.

TIPP Die aktuellen Veranstaltungstermine finden Sie unter bayern.mehr-demokratie.de

Berlin

Direktdemokratische Verfahren haben in der Hauptstadt zurzeit Hochkonjunktur. Mit Volksbegehren für mehr Pflegepersonal in den Krankenhäusern, gegen Privatisierungen bei der Schulsanierung, für mehr Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen sowie für die Auflösung des Abgeordnetenhauses mischen sich die Berliner/innen in die Landespolitik ein. In der Schwebe ist nach wie vor der Umgang mit dem (formal) erfolgreichen Volksentscheid zur Offenhaltung des Flughafens Tegel. Hier zeichnet sich ab, dass der Volksentscheid nicht umgesetzt wird, weil der Senat dies rechtlich für nicht möglich hält. Das hatte ein umfassendes Gutachten ergeben.

Bei der im Koalitionsvertrag angekündigten Reform der Volksgesetzgebung ist bisher nichts passiert. Mit einem Gesetzentwurf des Senats ist aber in diesem Jahr zu rechnen. Geplant ist, die Kopplung von Volksentscheiden und Wahlen zur Regel zu machen, die Fristen besser auszugestalten, ein Nachbesserungs- und Anhörungsrecht für Initiativen einzuführen sowie eine öffentliche Kostenerstattung für Initiativen zu prüfen. Interessant könnte die von der Koalition angekündigte Einführung eines Privatisierungsreferendums werden, wofür es allerdings eine Verfassungsänderung bräuchte.

Brandenburg

Im Januar hat die Koalition einen Gesetzentwurf zur Reform der Bürgerbegehrensregeln eingebracht, der allerdings nur geringe Verbesserungen bringt und teilweise sogar Verschlechterungen enthält. So würde sich die jetzt schon sehr enge Frist für Bürgerbegehren weiter verkürzen. Positiv zu bewerten ist die Streichung des Kostendeckungsvorschlags sowie die Verlagerung der Zulässigkeitsprüfung, die dann nicht mehr von der Gemeindevertretung, sondern von der Kommunalaufsicht durchgeführt würde. Eine Ausweitung der zulässigen Themen lässt der Gesetzentwurf bisher allerdings ganz außen vor. Der Landesverband wird sich dafür einsetzen, dass die Reform ihren Namen verdient.

Bremen

Die von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Die Linke geplanten Änderungen beim Bremer Wahlrecht wurden im Januar vom zuständigen Ausschuss beschlossen. Die Bürgerschaft (der Bremer Landtag) sollte am 22. Februar (nach Redaktionsschluss) abschließend darüber entscheiden. Zu diesem Anlass überreichte Mehr Demokratie den Abgeordneten den Aufruf „Hände weg vom Wahlrecht!“. Die Änderungen verringern den Einfluss der Bürger/innen auf die personelle Zusammensetzung des Parla-

mentes, weswegen Mehr Demokratie dagegen ein Volksbegehren plant. Im März und April werden die für die Beantragung nötigen 5.000 Unterschriften gesammelt. Das Volksbegehren, das im Spätsommer starten könnte, soll einen Volksentscheid auslösen, der im Mai 2019 zusammen mit der Bürgerschaftswahl stattfinden könnte. In der Zeit bis zum Parlamentsbeschluss wird ein Online-Aufruf laufen. Ein ausführlicher Bericht folgt im kommenden **md**magazin.

TIPP Stets aktuelle Informationen zum Volksbegehren finden Sie unter www.fuenf-richtige.de

Hessen

Das Referendum über die geplanten Verfassungsänderungen ist für den 28. Oktober geplant. Erstmals können sich die hessischen Bürger/innen damit selbst mehr Mitspracherechte geben, denn eine Absenkung der Hürden für Volksbegehren wird einer der Änderungspunkte sein. Im März nimmt der Landesverband in einer Anhörung zu dieser Reform der Volksgesetzgebung Stellung. Daneben begleitet den Landesverband in diesem Jahr das Thema Informationsfreiheit und Transparenz. Zwar soll Hessen endlich ein Informationsfreiheitsgesetz bekommen, nach bisherigem Stand wäre es jedoch das schlechteste Gesetz der Bundesrepublik. Zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen wird der Verband daran arbeiten, das geplante Gesetz zu verbessern.

Nordrhein-Westfalen

Das Jahr 2017 war ein sehr erfolgreiches für Bürgerbegehren. Von 25 abgeschlossenen Initiativen konnten zwölf ihr Ziel erreichen. Im Vorjahr waren von 25 abgeschlossenen Begehren nur fünf erfolgreich. Am Ehesten konnten sie sich über Bürgerentscheide durchsetzen. Gleich achtmal konnten sie hier Mehrheiten erringen und dabei auch die Abstimmungshürde überspringen. Je nach Gemeindegröße braucht die Abstimmungsvorlage das Ja von mindestens zehn bis 20 Prozent aller Stimmberechtigten. Während diese Hürde 2016 noch acht Bürger- und ein Ratsbegehren zu Fall brachte, war 2017 kein einziges Quorumsopfer zu verzeichnen. Der Grund hierfür liegt allerdings auch darin, dass fünf der Abstimmungen an Wahltagen stattfanden und das Erreichen des Zustimmungsquorums damit kein Problem war.

In einer Pressekonferenz am 15. Januar hat die schwarz-gelbe Regierungskoalition ihre umfangreichen Digitalisierungsvorhaben kommentiert und dabei auch auf *Open Data* Bezug genommen. Doch was genau geplant ist, bleibt fraglich. Der Koalitionsvertrag stellt zwar ein *Open Data*-Gesetz in Aussicht, das „in Analogie zum Bundesgesetz“ eingeführt werden soll. Die Formulierungen bleiben jedoch recht vage: Eine „größere Transparenz des Staates“ und eine bessere „Informationsnutzung“ werden angestrebt.

TIPP Aktuelles zu Bürgerbegehren in NRW finden Sie unter nrw.mehr-demokratie.de

Termine vor Ort

Baden-Württemberg

Die nächste Mitgliederversammlung findet am 15. April von 11 bis 17 Uhr in Stuttgart statt (Großer Saal im Umweltzentrum, Rotebühlstraße 86/1).

Bayern

Das *Fest der Demokratie und der Menschenrechte* am 22. und 23. Juni 2018 in Memmingen wird von Mehr Demokratie mitinitiiert und -veranstaltet. Bundesvorstandsprecher Ralf-Uwe Beck kommt als Hauptredner.

Bremen/Niedersachsen

Das nächste Landestreffen findet am Samstag, den 20. Oktober 2018 zwischen 11 und 16 Uhr in Bremen statt.

Die Regionalgruppe Hannover plant, sich drei- bis viermal im Jahr in Hannover zu treffen. Weitere Infos und aktuelle Termine gibt es im Bremer Landesbüro unter 0421-794 6370.

Außerdem gibt es in Bremen regelmäßige Aktiventreffen in gemütlicher Runde, neue Teilnehmende sind sehr willkommen! Die Termine sind im Bremer Büro zu erfragen, oder unter bremen-nds.mehr-demokratie.de/bremergruppe.html zu finden.

Hessen

Am 1. Mai ist der Landesverband mit einem Infostand bei der Kundgebung in Frankfurt/Main vertreten. Ein Interessierten-Treffen findet am 22. Mai im Club Voltaire in Frankfurt/Main statt. /

DEMOKRATIE DEMOKRATISIEREN

Eine ehemalige Abgeordnete macht konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Parlamentsarbeit.

VON **DR. PAUL TIEFENBACH**

Keine große Vision einer neuen Demokratie, dafür eine umfangreiche Liste kleinerer, konkreter Reformvorschläge hat Helena Wawzyniak vorgelegt. Die Autorin war von 2009 bis 2017 für die Partei DIE LINKE Abgeordnete im Bundestag. Das Buch, das während ihrer Abgeordnetentätigkeit entstand, ist ein Ausfluss dieser beruflichen und politischen Tätigkeit. Sie hat darin ihre Reformvorschläge zu den Themenbereichen Wahlrecht, Abgeordnetenrecht, Parteiengesetz sowie zur Geschäftsordnung des Bundestages zusammengestellt. Als Juristin diskutiert sie ihre Vorschläge sehr gründlich und rechtlich fundiert. Und, da selbst Abgeordnete, verzichtet sie auch darauf, populistische Vorteile zu bedienen.

Halina Wawzyniak: „Demokratie demokratisieren. Plädoyers für ein besseres Wahl-, Abgeordneten- und Parteienrecht", VSA-Verlag 2015, 200 Seiten, 14,80 Euro, ISBN 978-3-89965-645-9

Parlament als Vollzeitjob

So verteidigt sie zum Beispiel die „Vollalimentation" der Abgeordneten, also die Bezahlung ihrer Tätigkeit als Full-time-job. Auch gegen die Höhe der Bezüge hat sie nichts einzuwenden, wohl aber gegen die steuerfreie Kostenpauschale in Höhe von circa 4.000 Euro. Kosten sollten nicht pauschal, sondern gegen Nachweis erstattet werden, erklärt sie. Obwohl Abgeordnete ein Gehalt für eine volle Berufstätigkeit beziehen, können sie noch Nebentätigkeiten ausführen. Das findet Wawzyniak grundsätzlich in Ordnung, denn es erleichtere den Wiedereinstieg in den früheren Beruf, wenn die Zeit im Parlament endet. Freilich sollte sich die Nebentätigkeit „auf bescheidenem Niveau" abspielen. Sie ist auch offen für den Gedanken, die Einkünfte aus Nebentätigkeit auf die Diäten anzurechnen, sieht hier aber noch rechtlichen Klärungsbedarf.

Strengere Spendenregeln

Abgeordnetenbestechung ist in Deutschland verboten. Doch lässt der Gesetzgeber eine Hintertür offen: Abgeordnete dürfen Spenden annehmen. Dadurch wachse ihre Unabhängigkeit von den Parteien, lautet die groteske Argumentation. Wawzyniak hält dagegen: Natürlich entstehe im Gegenzug Abhängigkeit von den Spendenden. Diese verwechseln Abgeordnete nicht mit einer karitativen Organisation – sie erhoffen eine Gegenleistung für die Spende. Wawzyniak hat zweifellos völlig recht, wenn sie diesen Zustand beenden will und ein Verbot von „Spenden" an Abgeordnete fordert. Zudem sollen Spenden juristischer Personen auch an Parteien verboten werden, bei natürlichen Personen müsse es eine Höchstgrenze geben.

Wahlkreise abschaffen?

Diese beiden Aspekte sind nur ein kleiner Auszug der langen Liste weiterer wichtiger Vorschläge im Buch – der Platz reicht nicht, um sie alle darzustellen. Einen Schwerpunkt legt die Autorin auf eine Reform des Wahlrechts und, was für sie höchste Priorität hat, auf die Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde. Sie plädiert für eine Abschaffung der Wahlkreise und eine personalisierte Listenwahl mit drei Stimmen auf einer offenen Landesliste. Offene Listen fordert auch Mehr Demokratie. Mit einer Abschaffung der Wahlkreise muss das aber nicht zwingend einhergehen. Auch die völlige Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde ist keine gute Idee. Es würden dann jetzt zwölf Parteien mehr im Bundestag sitzen. Trotz dieser Einschränkungen ist das Buch wegen der vielen fundierten Veränderungsvorschläge lesenswert. /

Dr. Paul Tiefenbach
Politikwissenschaftler und Autor, Leiter des AK Wahlrecht bei Mehr Demokratie.

KOALITIONSBEDINGUNG FÜR DIREKTE DEMOKRATIE VERSENKT

Österreich: Vor den Wahlen noch „absolute Koalitionsbedingung" der FPÖ, ist die „Direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild" im Regierungsprogramm mit der ÖVP zur Verhöhnung verkommen.

VON **ERWIN LEITNER**

Noch nie standen in Österreich die Chancen für direkte Demokratie so gut wie nach der Nationalratswahl vom 15. Oktober 2017. Die rechtspopulistische FPÖ hat direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild zur „absoluten Koalitionsbedingung" erklärt, ebenso eine Volksabstimmung über CETA. Und Sebastian Kurz, der 31-jährige Bundesparteiobmann der konservativen ÖVP, hat 2012 ein Demokratie-Papier der Jungen ÖVP erarbeitet, in dem direkte Demokratie eine maßgebliche Rolle einnimmt. Koalitionsverhandlungen zwischen beiden weckten also sehr hohe Erwartungen.

Diese wurden mit dem Koalitionsprogramm 2017-2022 massivst enttäuscht. Die „absolute Koalitionsbedingung" der FPÖ für „Direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild" wird in ihr Gegenteil verkehrt. ÖVP und FPÖ haben sich darauf verständigt, dass es bis 2022 keine „von unten" initiierte Volksabstimmung geben wird. Dafür kündigen sie aber schon jetzt an, mit dem Ausbau der direkten Demokratie im nächsten Vor-Wahlkampf erneut auf Stimmenfang zu gehen.

Reformen aufgeschoben für Stimmenfang im nächsten Vor-Wahlkampf

Kommen wird eine „Aufwertung" des Volksbegehrens[1] mit Online-Unterstützung (ist schon in Kraft) und mit Rederecht im Nationalrats-Plenum (siehe Kasten). Als vor etwa fünf Jahren die damalige SPÖ-ÖVP-Koalition genau dasselbe Konzept eines behübschten Volksbegehrens vorstellte, hatte die FPÖ es als völlig unzureichend zurückgewiesen und auf ein umfassendes Direkt-Demokratie-Paket gepocht. Nun verordnen sich ÖVP und FPÖ eine Evaluierung des Volksbegehrens, bevor sie bereit sind, frühestens 2022 eine verfassungsmäßige Umsetzung anzudenken. Als ob es noch einer Evaluierung bedürfte, um die 50-jährigen kollektiven Erfahrungen mit der Wirkungslosigkeit des Volksbegehrens festzustellen.

ÖVP und FPÖ kündigen für das Jahr 2022 eine Volksbefragung darüber an, ob eine Volksabstimmung mit 900.000 Unterschriften auslösbar sein soll. Ausgangspunkt der Verhandlungen waren deutlich niedrigere Hürden: vier Prozent bei der FPÖ und zehn Prozent bei der ÖVP. Nach zweimonatigen Verhandlungen haben sie jedoch ihre beiden Hürden zu 14 Prozent addiert. Verschlechternd ergänzt wurde ein Zustimmungsquorum von einem Drittel bei der Volksabstimmung. Begleitmaßnahmen, die eine qualitätsvolle und faire Abstimmungsdebatte sicherstellen, fehlen hingegen.

Mehr als 80 Prozent der FPÖ- und ÖVP-Wähler/innen wollen „von unten" auslösbare Volksabstimmungen. Dies bestätigt eine Umfrage, die mehr demokratie! österreich gemeinsam mit der Initiative „Österreich entscheidet" im Dezember 2017 präsentiert hat. Dieser überdeutliche Konsens ihrer eigenen ▸

Sebastian Kurz (ÖVP) und Heinz-Christian Strache (FPÖ) auf der Klausurtagung der neuen österreichischen Bundesregierung. Um direkte Demokratie ging es nicht mehr. Foto: BKA / Dragan Tatic

Wählerschaft reichte aber für die neue ÖVP-FPÖ-Regierung noch nicht aus, um daraus einen klaren Auftrag für eine konkrete Umsetzung zu erkennen. Auf der Seite der ÖVP haben sich die „sozialpartnerschaftlichen“ Kräfte durchgesetzt, die ihre Macht nicht mit der Bevölkerung teilen wollen. Der FPÖ ist der grobe taktische Verhandlungsfehler unterlaufen, ihre „absoluten Koalitionsbedingungen“ erst auszuverhandeln, nachdem über alle anderen Punkte bereits eine Einigung hergestellt worden war.

Verfassungsänderungen wären mit NEOS möglich

ÖVP und FPÖ verfügen über keine Verfassungsmehrheit. Für eine Direkt-Demokratie-Reform braucht es daher auch Stimmen der Opposition. Die bisherige Regierungspartei SPÖ ist traditionell Direkt-Demokratie-skeptisch. Ob sich daran durch den Wechsel in die Opposition etwas ändern wird, ist ungewiss. Zu einer Verfassungsmehrheit könnten die wirtschaftsliberalen NEOS beitragen. Sie haben im Jänner 2018 ein neues Direkt-Demokratie-Papier vorgelegt, das jedoch wenig ambitioniert ist und sich in einigen Punkten an das Konzept des Regierungsprogramms anlehnt. Die NEOS haben ihre befürwortete Unterschriftenhürde wurde von bisher drei Prozent auf zehn Prozent erhöht und um ein Beteiligungsquorum ergänzt. Die NEOS fordern eine stufenweise Einführung der direkten Demokratie, zunächst auf den unteren politischen Ebenen der Gemeinden und Bundesländer. Dabei übersehen sie, dass es auf Gemeinde- und Landesebene schon längst flächendeckend direktdemokratische Instrumente gibt, die freilich äußerst selten genutzt werden und daher weitgehend unbekannt sind.

DIREKTE DEMOKRATIE IN ÖSTERREICH: WAS DIE REGIERUNG PLANT:

Volksbegehren (jetzt)

- Unterschriftenhürde für eine Gesetzesinitiative: 100.000 Wahlberechtigte
- Behandlung der Volksbegehren in eigenen Sitzungen in Ausschuss und Plenum des Nationalrates
- Rederecht der Initiative im Nationalrat und damit Übertragung im Fernsehen
- Stellungnahmepflicht der/des zuständigen Ministerin/Ministers
- Verpflichtende (Ausschuss-)Begutachtung von konkreten Gesetzesvorschlägen
- Evaluation drei Jahre nach Einführung

Volksabstimmung (nicht vor 2022)

- Unterschriftenhürde für eine Gesetzesinitiative, damit es zur Volksabstimmung kommt: 900.000
- Volksentscheid kommt, wenn das Parlament das Volksbegehren nicht binnen eines Jahres umgesetzt hat
- Nationalrat kann einen Gegenvorschlag zur Abstimmung einbringen
- Zustimmungsquorum von 33 Prozent
- Vorabkontrolle durch Verfassungsgerichtshof
- keine Abstimmung über die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union oder anderen internationalen Organisationen

Im Herbst 2017 traf sich die österreichische Demokratie-Bewegung zum mehr demokratie!-Camp in Wels. Foto: Gabriel Gschaider

Die FPÖ hat sich die „absolute Koalitionsbedingung“ der direkten Demokratie dafür abkaufen lassen, dass der bereits beschlossene strikte Nichtraucherschutz in Lokalen und Restaurants ab Mai 2018 doch nicht in Kraft treten soll. Dagegen regt sich aber massiver Widerstand. Innerhalb weniger Tage wurde die Petition „Don‘t smoke“ für den Nichtraucherschutz 400.000 mal unterstützt und inzwischen wurde dazu auch ein Volksbegehren gestartet.

Aussichten auf weniger statt auf mehr Demokratie

Unter den sonstigen demokratiepolitischen Aspekten enthält das neue Regierungsprogramm eine Reihe problematischer Punkte. So sollen wichtige „Checks & Balances“[2] (Bund / Länder; Minister / Spiegelminister[3]), die in der Vergangenheit für Stillstand gesorgt haben, beseitigt werden. Wie eine neue Balance von Macht und Gegenmacht aussehen soll, verrät das Regierungsprogramm nicht. Der bedenklich anwachsenden Kluft zwischen Reich und Arm wird nicht gegengesteuert, sie wird vielmehr verschärft. Dadurch wird eine wesentliche Grundlage für eine funktionierende Demokratie untergraben. Auch für die kritische Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen sind markante Einschnitte und Verschlechterungen geplant. Das Staatsziel des Wirtschaftswachstums und des Standortwettbewerbs soll in der Verfassung verankert werden, um geplante Verfahrensbeschleunigungen zu rechtfertigen, die zulasten von Beteiligungsrechten in Genehmigungsverfahren gehen. Demgegenüber drängt sich die Forderung nach einer kontinuierlichen Demokratisierung als Staatsziel und nach einer Volksabstimmung über Staatsziele auf – davon aber keine Spur. Das Regierungsprogramm will weiters Überwachung ausweiten – etwa mit dem Bundestrojaner. Das überfällige Informationsfreiheitsgesetz und die Streichung des Amtsgeheimnisses aus der Verfassung fehlen hingegen im Regierungsprogramm. /

MEHR DEMOKRATIE! ÖSTERREICH
Neuigkeiten zur direkten Demokratie in Österreich
unter http://mehr-demokratie.at/
Twitter unter https://twitter.com/mehrdemokratie
Facebook unter www.facebook.com/pages/Mehr-Demokratie-für-Österreich

1 Volksbegehren in Österreich entsprechen der Volkspetition oder Volksinitiative in den deutschen Bundesländern: Sie sind unverbindlich und enden mit einer Befassung des Parlaments.

2 Mit „Checks & Balances“ (deutsch: „(Überprüfung und Ausgleich“) wird das System gegenseitiger Kontrolle bezeichnet, welches die Gewaltenteilung in einem Staat aufrecht erhalten und langfristig sicherstellen soll.

3 Regelung der großen Koalition in Österreich: Bestimmte Ministerien müssen alle wichtigen Entscheidungen mit ihrer oder ihrem „Spiegelminister/in“ abstimmen, die/der Mitglied der jeweils anderen Regierungspartei ist.

Erwin Leitner
Geschäftsführender Bundessprecher und Mitgründer von mehr demokratie! österreich, Schwesterorganisation von Mehr Demokratie.

DIREKTE DEMOKRATIE INS GESPRÄCH GEBRACHT

Die Aktion „Österreich entscheidet" hat mit Plakaten, Infopaketen und einer starken Medienpräsenz für mehr direkte Demokratie in Österreich geworben. Im Interview erzählt Sprecherin Tanja Lackner, wie sie vorgegangen sind und was dabei herauskam.

FRAGEN **NEELKE WAGNER**

Was gab den Anstoß, „Österreich entscheidet" zu gründen?
Initiator von *Österreich entscheidet* ist der Unternehmer Hermann Arnold. Er ist in Tirol geboren, lebt in der Schweiz und beschäftigt sich seit 20 Jahren mit dem Thema Demokratie. Mehr Mitbestimmung seitens der Bürger/innen ist für ihn eine große Chance, den politischen Stillstand in Österreich zu beenden. Mit den bevorstehenden Wahlen 2017 sah er den richtigen Zeitpunkt gekommen, ein geeignetes direktdemokratisches Instrument, den verbindlichen Volksentscheid, einzuführen. Das war der Anlass für die Gründung und Startfinanzierung von *Österreich entscheidet*.

Wann haben Sie die Kampagne gestartet?
Die Ausarbeitung des Verbindlichen Volksentscheids begann Ende 2015. Online gegangen sind wir Ende September 2017, zeitgleich hatten wir eine vierseitige Sonderbeilage in der Zeitung *Die Presse* und haben eine österreichweite Plakatkampagne gestartet. Das war der Moment, in dem wir von der Öffentlichkeit das erste Mal wahrgenommen wurden. Die intensive Phase setzte sich dann bis zum Regierungsprogramm im Dezember fort.

Haben Sie sich mehr auf die Öffentlichkeitsarbeit oder mehr auf Gespräche mit Politiker/innen konzentriert?
Sowohl als auch und auch mehr. Wir haben online und offline Unterschriften gesammelt und Freiwillige und Unterstützer/innen mobilisiert.

Unser Fokus lag vor allem in der Phase der Koalitionsverhandlungen darauf, Politiker/innen zu informieren und darauf hinzuwirken, dass ein sicheres und geeignetes direkt-

Unter anderem mit diesen Plakaten machte „Österreich entscheidet" auf seine Forderung aufmerksam.

demokratisches Instrument eingeführt wird. Wir haben viele persönliche Gespräche mit Verfassungssprecher/innen und einflussreichen Persönlichkeiten geführt. Es galt, in Österreich das Thema direkte Demokratie von einem Rand- zu einem Haupt-Thema zu machen. Und da haben wir auch sehr viel erreicht. Es ist uns gelungen, die Diskussion zu versachlichen. Das Problem bestand darin: Die Leute haben „direkte Demokratie" gehört und bei ihnen gingen die Scheuklappen runter. Die typischen Vorbehalte kamen hoch: Das sei ein Werkzeug für Populisten, dann könne ja auf einmal jede/r Idiot/in mitbestimmen – wir konnten hier die Perspektive auf die direkte Demokratie, dieses Instrument der Mitbestimmung, sehr gut ins Positive verändern.

Die FPÖ hat mit dem Thema auch Wahlkampf gemacht. Wie sind Sie damit umgegangen?
Ja, die Einführung der direkten Demokratie war das große Wahlkampfthema der FPÖ. Das Problem: direkte Demokratie ist ein Oppositions-Thema. Kommt eine Partei dann ans Ruder, verschwindet das Thema schnell in der Schublade. Als parteiunabhängige Plattform haben wir jede ernsthafte Beschäftigung mit dem Thema positiv gesehen, egal von welchem Hintergrund aus.

Als es nach der Wahl so intensiv debattiert wurde, ob die direkte Demokratie jetzt Eingang finden soll in den Koalitionsvertrag ...
... haben wir sehr wenig geschlafen (lacht).

... wie sah da Ihre Arbeit aus?
Für uns hieß die Frage nicht ob, sondern wie die direkte Demokratie eingeführt wird. Wir haben vor allem intensiv daran gearbeitet, so viel wie irgend möglich zu informieren. Zum Beispiel mit der Broschüre „13 Punkte zur direkten Demokratie", die auch Teil war vom „Demokratie-Starterpaket", das wir den Verhandlungspartner/innen geschickt haben. Wir haben einen riesigen Informationsmangel gesehen darüber, wie ein direktdemokratisches Instrument überhaupt aufgesetzt werden kann und worauf es ankommt, dass das Instrument möglichst sicher und geeignet ist.

Und wie sollte ein gutes Instrument Ihrer Meinung nach aussehen?
Ein wichtiger Punkt ist für uns die Lernerfahrung. In Österreich haben wir noch kaum Erfahrungen mit direkter Demokratie. Deshalb können wir nicht gleich auf der Bundesebene anfangen, sondern auf der Gemeindeebene. Dort sind die Entscheidungen für jede/n Bürger/in auch sofort spürbar. Dadurch wächst das Gefühl der Verantwortung und Mitbestimmung wird nicht als Ventil zum Frustabbau verstanden. Damit lassen sich negative Erfahrungen wie zum Beispiel der Brexit vermeiden. Zentral sind außerdem schaffbare Hürden. Wenn die Hürden zu hoch sind, können nur finanzstarke, mächtige Institutionen und Organisationen ihre Anliegen durchbringen. Und natürlich müssen Menschenrechte und Minderheitenschutz unangetastet bleiben.

Wie bewerten Sie das Ergebnis der Verhandlungen?
Es ist gut, dass mehr Mitbestimmung im Regierungsprogramm vereinbart wurde und es ist erfreulich, dass das Volksbegehren gestärkt wird – allerdings müssen wir uns eingestehen, dass die Einführung eines direktdemokratischen Instruments auf die lange Bank geschoben wurde. Noch im Dezember ergab eine groß angelegte Umfrage von uns und mehr demokratie! Österreich, dass mehr als 90 Prozent der FPÖ- und ÖVP-Wähler/innen mehr direkte Mitbestimmung in Österreich wollen und mehr als 70 Prozent von ihnen eine Hürde von maximal drei Prozent für Volksabstimmungen fordern. Angesichts dessen waren wir über das Ergebnis sehr überrascht.

„Am schlimmsten empfinden wir die enorm hohe Hürde für das Volksbegehren. 900.000 Unterschriften, das ist die höchste Hürde in ganz Europa!"

TANJA LACKNER

Am schlimmsten empfinden wir die enorm hohe Hürde für das Volksbegehren. 900.000 Unterschriften, das ist die höchste Hürde in ganz Europa! Und ganz generell stört uns, dass die Frage der neutralen Informationen überhaupt nicht mitbedacht wurde, Transparenz wurde nicht geregelt und vor allen Dingen fehlt das Referendum.

Positiv sehen wir, dass künftig das Parlament einen Gegenvorschlag bringen kann, denn das mindert die Gefahr einer Konkurrenzsituation zwischen direkter und repräsentativer Demokratie. Wir sehen die direkte als eine Ergänzung der repräsentativen Demokratie und wollen nicht die eine durch die andere ersetzen.

Wie sieht Ihre Arbeit aus, wenn es demnächst an die Umsetzung des Regierungsprogramms geht?
Unser Kampagnenmodus ist jetzt vorbei. Wir glauben aber, dass man noch viel mehr Aufklärungsarbeit leisten muss. Auch fehlt in Österreich so etwas wie eine Plattform, wo verschiedene im Bereich „Demokratie" tätige Personen und Organisationen zusammenfinden und sich austauschen können.

Die Erneuerung der Demokratie ist nach wie vor unsere Herzensangelegenheit und wir bleiben in jedem Fall am Ball. In welcher Form, wird sich nun in den kommenden Wochen entscheiden./

Tanja Lackner
Pressesprecherin von „Österreich entscheidet" (www.entscheidet.at).

Die Sonnenblumen-Bewegung von 2014 (Foto) hat Demokratie-Reformen in Taiwan angestoßen. Foto: tomscy2000/FlickR

KURZ NOTIERT

Demokratie-Nachrichten aus Europa und der Welt.

Australien

Nach der Volksbefragung vom November letzten Jahres, in der sich fast zwei Drittel der Abstimmenden für die „Ehe für Alle" aussprachen, ist diese in Australien nun geltendes Recht. Beide Parlamentskammern stimmten mit großer Mehrheit für die entsprechende Änderung des Ehegesetzes. Um die „Ehe für Alle" wurde in Australien seit mehr als zehn Jahren gerungen.

Ecuador

Am 4. Februar waren 13,2 Millionen Ecuadorianer/innen aufgerufen, über fünf Verfassungsänderungen abzustimmen und ihre Meinung zu zwei „Fragen von entscheidender nationaler Bedeutung" abzugeben. Laut Verfassung kann der Präsident Verfassungsänderungen dem Volk zur Abstimmung vorlegen, wenn das Verfassungsgericht dem zustimmt. Die Volksbefragungen werden ebenfalls „von oben" angesetzt. In beiden Fällen bindet das Ergebnis die Regierung. Künftig ist in der Verfassung verankert, dass wegen Korruption Verurteilte keine öffentlichen Ämter mehr bekleiden dürfen. Außerdem kann ihr Vermögen eingezogen werden. Dafür stimmten 74 Prozent. Zweitens darf niemand öfter als einmal in ein öffentliches Amt wiedergewählt werden (64,3 Prozent). Drittens sollen Sexualverbrechen an Kindern nicht mehr verjähren (73,8 Prozent), viertens der nationale Rat für Bürgerbeteiligung künftig direkt gewählt (63 Prozent) und fünftens der Metallbergbau in Schutzgebieten und urbanen Zentren verboten werden (68,9 Prozent).

In der Volksbefragung sprachen sich die Ecuadorianer/innen für weniger Ölförderung im Nationalpark Yasuní (67,6 Prozent) und für eine Abschaffung des Gesetzes gegen Bodenspekulation (63,2 Prozent) aus.

Weil er das Urteil des Verfassungsgericht zu den Plebisziten nicht abwartete, sondern sie sofort per Dekret anordnete, warf unter anderem die ehemalige Entwicklungsministerin Ecuadors dem Präsidenten Lenín Moreno „illegales und illegitimes" Verhalten vor. Die Abstimmungen bilden einen Höhepunkt des Streits zwischen Moreno und seinem ehemaligen Weggefährten und Amtsvorgänger Rafael Correa.

Europäische Union

Die EU-Kommission will neue Vorschriften einführen, damit die Mitgliedstaaten den Zugang zu Trinkwasser für alle Menschen verbessern müssen, besonders für Bevölkerungsgruppen, die derzeit Schwierigkeiten beim Zugang zu Trinkwasser haben. Damit reagiert sie auf die Forderungen der Europäischen Bürgerinitiative *Right2Water*, die allerdings kritisierte, dass die EU ein Menschenrecht auf Wasser noch immer nicht anerkenne.

Österreich

Zwei Volksbegehren sind in Österreich gestartet. Das sogenannte „Frauenvolksbegehren" fordert eine allgemeine 30-Stunden-Woche und eine 50-Prozent-

Geschlechterquote, einen Rechtsanspruch auf kostenlose Kinderbetreuung, kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln, mehr Gehaltstransparenz und einen Abbau des Gehaltsunterschiedes zwischen den Geschlechtern. Volksbegehren sind in Österreich nicht verbidlich.

„No Smoke“ sammelt seit dem 15. Februar. Damit will die Ärztekammer die neue Regierung von der Lockerung des generellen Rauchverbots in Gaststätten abbringen, das ab Mai dieses Jahres gelten soll. Es wurde noch von der alten Regierung beschlossen.

Schweiz

Am 4. März und damit nach Redaktionsschluss stimmten die Schweizer/innen über zwei Vorlagen ab: die neue Finanzordnung 2021 und die Volksinitiative „Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (No Billag)“. No Billag würde den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der Schweiz faktisch abschaffen. Laut Meinungsumfragen wollen die meisten Schweizer/innen das nicht.

Im Juni kommt die Vollgeld-Initiative vors Volk. Sie fordert unter anderem, dass künftig nur noch die Nationalbank Geld ausgeben darf und damit die Geldmenge direkt und vollständig kontrolliert.

Slowenien

Gegen ein Gesetz, das den Bau eines zweiten Eisenbahngleises zwischen den Städten Koper und Divača regelt, ergriffen 48.000 Slowen/innen das fakultative Referendum – 40.000 Unterschriften wären mindestens nötig gewesen. Die Abstimmung fand am 24. September 2017 statt. Die Gegner/innen des Eisenbahnausbaus scheiterten an den Urnen: 53,5 Prozent der Abstimmenden sprachen sich für das zweite Gleis aus und bestätigten damit die Pläne der Regierung.

Taiwan

In Taiwan gelten seit Dezember 2017 niedrigere Hürden für die direkte Demokratie: Eine Initiative braucht 1.879 Unterschriften (0,01 Prozent der Wahlberechtigten), um zur Prüfung zugelassen zu werden. Ist sie zulässig, sind 281.745 Unterschriften (1,5 Prozent) nötig, um einen Volksentscheid auszulösen. Das Ergebnis der Abstimmung ist dann gültig, wenn mindestens die Hälfte der Wahlberechtigten daran teilgenommen hat (Beteiligungsquorum).

Derzeit wartet eine ganze Reihe von Initiativen darauf, zum Referendum zugelassen zu werden. Atomkraft-Befürworter/innen haben eine Initiative eingebracht, die den Atomausstieg Taiwans (Abschaltung aller Kernkraftwerke bis 2025) zurücknehmen will. Zugleich kündigte eine „Allianz für Lebensmittelsicherheit“ an, ein Ende des Importverbots für japanische Lebensmittel erreichen zu wollen. Taiwan hatte nach dem Reaktorunglück in Fukushima die Einfuhr von Nahrungsmitteln aus mehreren japanischen Provinzen verboten.

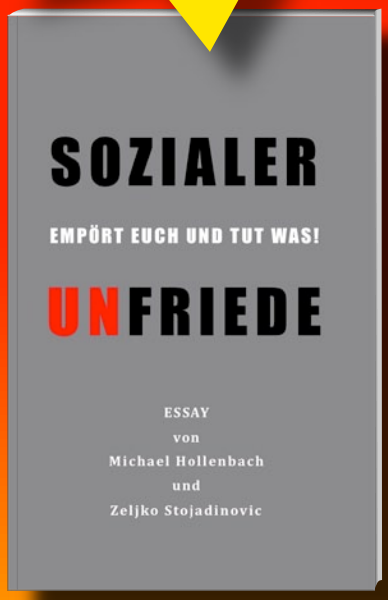
Außerdem haben Gegner/innen der „Ehe für alle“ 3.549 Unterschriften eingereicht, um die bestehende Regelung, die die Ehe als Bund zwischen Mann und Frau definiert, zu erhalten. Der Oberste Gerichtshof des Landes hatte im vergangenen Jahr die Regierung verpflichtet, homosexuelle Paare rechtlich gleichzustellen, da deren Diskriminierung gegen die Verfassung verstoße. Die Gegner/innen wünschen sich ein eigenes Gleichstellungsgesetz, um der Verfassung Genüge zu tun, ohne den Stand der Ehe zu öffnen.

Für eine Rücknahme des „Labour Act“, der Arbeitnehmerrechte einschränkt, wurden ebenfalls Unterschriften eingereicht. Gleich mehrere Initiativen verschiedener Gruppen – der sozialdemokratischen Partei, von Arbeitervereinen und Gewerkschaften, eines Verbands für Arbeitsgesundheit und von Studierendenorganisationen – richten sich gegen das Gesetzespaket.

Ebenfalls genug Unterschriften beisammen hat eine Initiative, die die Olympia-Mannschaft des Inselstaates umbenennen will: Statt „Chinese Taipeh“ soll sie künftig „Taiwan“ heißen. Das fordern Verfechter/innen einer echten Unabhängigkeit Taiwans, das derzeit offiziell den meisten Staaten der Welt als Teil Chinas gilt. /

ANZEIGE

Europa braucht endlich eine gemeinsame Vision für eine nachhaltig am Menschen orientierte Zukunft...



Wir leben in einer Zeit der extremen globalen Instabilität und einer Entwicklung entgegen dem sozialen Miteinander und unserer Freiheit. Es ist höchste Zeit für eine radikale Wende gegen das ungezügelte herrschende Wirtschaftssystem hin zu einer nachhaltigen Gemeinwohl-Ökonomie und zurück zu den Grundprinzipien unserer sozialen Marktwirtschaft. Wir brauchen endlich eine gemeinsame europäische Vision für einen gemeinsamen Weg entgegen der aktuellen Entwicklung, die nicht nur dem Kapital, sondern wieder unserem Menschenwohl dient.

Präsentiert auf der Leipziger Buchmesse 2018.

Herausgegeben im Verlag Books on Demand. Erhältlich als eBook und Taschenbuch im Onlinehandel und in ihrer Bücherei.
ISBN: 978-3-744-871983

RINGGESPRÄCHE IN UNTERNEHMEN

Johannes Stüttgen erläutert, wie Ringgespräche die Arbeitswelt menschlicher machen können.

FRAGEN **ANDREA ADAMOPOULOS**

Du empfiehlst, Ringgespräche in Unternehmen zu implementieren. Was versprichst du dir davon?
Die Ringgespräche sind innerhalb eines zukünftigen Unternehmens eine Art Zentralorgan, eine Generalversammlung, in der alles zur Sprache kommt, was zur Sprache kommen kann, auch Themen unabhängig vom Unternehmen. Dort kommen Menschen zusammen, die innerhalb des Unternehmens hoch spezialisiert arbeiten, jeder an einer anderen Frage. Das Ringgespräch geht gerade nicht auf die Spezialisierung ein, sondern mehr auf die Frage nach dem Menschen selbst. Dann kommt der Aspekt ins Spiel, der in der spezialisierten Arbeit selbst fast ausgeschaltet wird: der Aspekt des Gesamten, des ganzen Menschen, der ganzen Menschheit vor dem Hintergrund der Globalisierung. Hierin ist ja das Unternehmen eingebettet. Das Ringgespräch ist ein Organ für die radikale Sinnfrage, ein Organ für die Frage nach dem Anfang, eine Kommunikationszentrale in Bezug auf den eigenen Sinn innerhalb des Ganzen. Was ist eigentlich meine Bestimmung? Inwieweit komme ich zum Zuge? Inwieweit ist das, was ich denke, relevant? Die ganz einfachen, existentiellen Fragen gehören in ein Unternehmen hinein. Das Ringgespräch ist hier ein Organ der gegenseitigen Wahrnehmung.

Was genau reizt dich an der Idee?
Ein Unternehmen hat im Rahmen der Arbeitsteiligkeit eine Spezialfunktion innerhalb des Gesamten. Die einen bauen Autos, die anderen bauen Kühlschränke. Diese Spezialisierung ist im Laufe der Entwicklung unvermeidlich; sie garantiert Genauigkeit und Präzision. Aber sie ruft eine Art von Gegenprozess hervor, die Frage nach dem Gesamtzusammenhang, die Frage nach der Ganzheit. Dieser Aspekt muss meines Erachtens gerade im Kreise der Spezialist/innen ganz besonders gepflegt und herausgearbeitet werden. So hast du eine paradoxe Form, du hast ein Spezialunternehmen und in dem Spezialunternehmen gibt es einen Teil, der zuständig für das Ganze ist.

Wer implementiert das denn? So etwas kann schließlich nicht von oben verordnet werden?
Ich gehe davon aus, dass das, was ich hier formuliere, eigentlich ohnehin in der menschlichen Seele als Bedürfnis vorliegt. Das ist eine These von mir. Es geht mir also nicht darum, mir etwas auszudenken und andere davon zu überzeugen, sondern darum, die Idee zu entdecken, die in dem anderen wirksam ist, als Kraft, die aber möglicherweise noch lange nicht erkannt ist. Ihr Fehlen wird lediglich als Defizit empfunden und erlitten.

Was motiviert die Mitarbeitenden, daran teilzunehmen? In welchem Verhältnis steht es zu deren sonstiger Arbeit?
Das ist eine interessante Frage. Ich behaupte, dass die Antwort ganz genau dann entsteht, wenn man es praktiziert. Wenn man genau dieser Frage nachgeht, und das wird in jedem Unternehmen anders funktionieren, entsteht die Antwort ganz von selbst.

Gehst du davon aus, dass sich auch die Arbeit der am Ringgespräch teilnehmenden Menschen ändert?
Ein regelmäßig stattfindendes Ringgespräch verändert die Atmosphäre am Arbeitsplatz, da eine neue Substanz entsteht, eine

Art von Wärmesubstanz, die sich dann nicht mehr nur auf die Zigarettenpause oder die zufälligen Treffen am Kaffeeautomaten beschränkt. Ich nenne das mal Menschensubstanz. In einem zukunftsfähigen Unternehmen ist sie ein Kerngesichtspunkt der Arbeit.

Sollen Ringgespräche in Unternehmen eine neue Ebene der Motivation bei den Mitarbeitenden hervorrufen?

Ja! Motivation ist die Kernfrage. Je weniger die Arbeit selbst Motivation liefert, wie das häufig der Fall zu sein scheint, desto mehr wird die Motivation außerhalb der Arbeit gesucht. Das halte ich für eine Fehlentwicklung. Ich glaube, die Motivation muss in der Arbeit gefunden werden, die Arbeit muss sich so ändern, dass sie auch motiviert. Wenn ein Mensch in der Arbeit ständig von außen bestimmt wird, verkümmert er immer mehr zu einer Art Freizeitungeheuer, das seine Identität im Privaten sucht, anstatt in der Frage, weswegen man überhaupt geboren wurde. Wenn ich diese Frage konsequent stelle, stelle ich fest, ich bin eigentlich auf der Erde, um einen bestimmten Auftrag zu erfüllen, der lautet: Ich muss ich werden!

Was kann das Ringgespräch dazu beitragen?

Dadurch, dass sich die menschliche Intelligenz zunehmend in technische Vorgänge spezialisiert, wird die Frage der inneren Bewegung ausgeblendet. Beide Aspekte sind wichtig: einerseits die Arbeit nach außen, die sich immer mehr in Form von Technik realisiert, womit wir sehr erfolgreich sind. Andererseits die Arbeit nach innen, die immer mehr privatisiert wird, sie verkitscht und verrottet. Wir sollten einen dritten Aspekt ins Auge fassen, mit dem wir dieses Innen und Außen in eine neue Form der Verbindung bringen. Dabei hilft uns das Ringgespräch. Wenn das Unternehmen ein Außenorgan ist, was in die Gesellschaft hinein mit bestimmten Produkten arbeitet, dann ist das Ringgespräch ein Innenorgan, das sämtliche Fragen bearbeiten kann, die sich nicht direkt in der Arbeit zeigen, sondern erst herausgelöst werden müssen.

Der Auftrag des Menschen ist, Verantwortung für das Ganze zu übernehmen, Künstler/in zu sein, das Ganze verantwortlich zu gestalten. In dem Moment wo man diese Notwendigkeit erkannt hat, sich aufmacht, es zu beginnen, ohne zu wissen, wie es geht, dann ist der Ausgangspunkt nicht die Fähigkeit, sondern die Notwendigkeit, die Einsicht in die Notwendigkeit. Aus der Einsicht in die Notwendigkeit die dann umgesetzt wird, in Versuche, in Experimente, entstehen die Fähigkeiten. Ich finde es fatal, wenn man immer mit den Fähigkeiten anfängt, der Fokus muss in Zukunft auf die Notwendigkeit gerichtet werden, auf das was man im Denken als notwendig begreift. Das Ringgespräch ist dabei in meinen Augen der Einstieg in die Lösung des Rätsels. /

Johannes Stüttgen
Mitinitiator des OMNIBUS für Direkte Demokratie.

GEGENREDE ZUR NEO-OBRIGKEITLICHEN SKEPSIS GEGENÜBER VOLKSENTSCHEIDEN

An einem typischen Beispiel für Skepsis gegenüber direkter Demokratie widerlegt der Autor gängige Argumente gegen Volksabstimmungen.

VON **JAN VEIL**

Unter dem poetischen Titel „Die Zerbrechlichkeit von Mobiles" hat Dr. Jens Heisterkamp bereits im Juli 2016 einen kritischen Text zum Thema ‚Volksabstimmungen' veröffentlicht. Er entfaltet eine gewisse suggestive Kraft, obgleich er recht einseitige und in ihrer Simplifizierung verzerrende, auf Vorurteilen basierende Argumente vorbringt. Weil viele der Argumentationslinien typisch sind in diesen Tagen, erscheint eine ausführliche Stellungnahme geboten.

Seine Suggestivkraft bezieht der Text vor allem aus der Bezugnahme auf eine Allegorie des Soziologen Ulrich Beck, die das in unserer Demokratie stattfindende politische Zusammenspiel unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen mit jenen Kräften vergleicht, die in einem „fein austarierten Mobile" wirken, wobei Heisterkamp die Rolle einer Volksabstimmung sogleich auf einen „Windstoß bei geöffnetem Fenster" beschränkt.

Bevor ich auf die Argumente eingehe, mit denen Heisterkamp dieses Windstoß-Gleichnis begründet, möchte ich der zugrundeliegenden Allegorie widersprechen. Sie ist offenbar ausschließlich auf jene Menschen zugeschnitten, die mit den politischen und sozialen Entwicklungen Deutschlands im Großen und Ganzen recht zufrieden sind. Auf einen stetig wachsenden Bevölkerungsanteil trifft diese Sichtweise indes überhaupt nicht mehr zu: Ein Mobile verkörpert vollkommene Balance. Wer diese Ausgewogenheit mit dem Zustand unserer heutigen Gesellschaft gleichsetzt und sie überdies auf die in ihr herrschende Regierungsform – die repräsentative Demokratie – projiziert, der will wohl nicht zur Kenntnis nehmen, dass hierzulande immer mehr Menschen auf immer vielfältigere Weise aus ihrer Balance gebracht werden, dass verschiedene zentrale gesellschaftspolitische Felder (wie staatliche und individuelle Verschuldung, prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse, Renten, zunehmende Kinderarmut und Obdachlosigkeit, zunehmende Nichtverantwortlichkeit der politischen Klasse) immer stärker in Schieflage geraten. Das ästhetische Bild ignoriert also von vornherein einen großen Teil gesellschaftlicher Wirklichkeit.

Hier nun Heisterkamps Argumente für die ‚Windstoß-Natur' von Volksentscheiden, gefolgt von deren Entkräftung:

1. Volksentscheide sind „monothematisch"

Warum ist das per se ein Problem? Schließlich trifft die kritisierte ‚Monothematik' ebenso auf viele Entscheidungsprozesse *innerhalb* der repräsentativen Demokratie zu.

2. Volksentscheide schließen Kompromisse aus

Das stimmt so nicht. Gerade bei einem dreistufigen System kann es durchaus zu Kompromissen kommen, nämlich wenn das Parlament mit der Initiative einen solchen aushandelt und ihn als Gesetz beschließt, sodass es zu einem Begehren gar nicht erst kommt. Ferner könnte – wie es hie und da bereits geltendes Recht ist – dem Parlament die Möglichkeit offenstehen, einen Gegenvorschlag mit zur Abstimmung zu stellen, der in der Mehrzahl der Fälle einen Kompromiss zwischen der aktuellen Gesetzeslage und dem neuen Gesetzentwurf aus den Reihen der Bürger/innen darstellen dürfte. Und schließlich ist eine Entscheidung nicht schon deshalb besser, weil sie auf einem Kompromiss beruht. Zahlreiche Kompromissfindungen gegenwärtiger Politik entstanden unter dem enormen Einfluss von Lobby-Interessen und haben ursprünglich klare Lösungen verwässert oder verschlechtert. Warum sollten wir also langwierige Kompromissfindungen generell bevorzugen, gerade wenn diese – wie Heisterkamp selbst schreibt – auf dem Wege „untergründige(n) politische(n) Geschehen(s) ... in den parteinahen Stiftungen, in gesellschaftlich relevanten Großorganisationen oder NGOs" ausbaldowert werden, welche für die einfachen Bürger/innen oft ungreifbar sind und völlig losgelöst von diesen agieren?

3. Volksentscheide führen aufgrund „zeitbedingte(r) Atmosphären" nicht zu nachhaltigen Lösungen und „neigen zur Spaltung" der Gesellschaft.

Den „zeitbedingten Atmosphären" wirkt das ursprünglich auf die Achberger Schule zurückgehende und von Mehr Demokratie weiterentwickelte dreistufige Volksgesetzgebungs-Modell stark entgegen. Das Thema einer Volksinitiative wird frühzeitig im Parlament behandelt, was ein vitales Zusammenwirken von repräsentativer und direkter Demokratie ermöglicht. Angemessen lange Fristen innerhalb der Verfahrensstufen oder auch die Belieferung aller abstimmungsberechtigten Haushalte mit einer ausgewogen bestückten Info-Broschüre garantieren, dass während des gesamten Verfahrens ein fundierter öffentlicher und privater Argumentationsaustausch stattfinden kann, der die Bürger/innen zusätzlich sensibilisiert.

Ein weiteres zentrales Gegenargument: Die klare Antwort auf eine bestimmte Fragestellung *muss* – ob mit oder ohne Volksentscheid – zu einer Gesetzeslage führen, für die nicht alle votiert haben. Dies muss keinesfalls eine „Spaltung" begünstigen. Im Gegenteil schafft ein Volksentscheid im Zweifelsfalle eine weit größere und damit nachhaltigere Akzeptanz bei den ‚Unterlegenen', als wenn lediglich die politischen Vertreter/innen dasselbe so beschlossen hätten. Das Institut für direkte Demokratie von Andreas Gross in Zürich wartet hierzu mit interessanten Ergebnissen auf.

4. Volksentscheide „profitieren ... vom ohnehin meist mehr auf Effekte denn auf Argumente zielenden Medienbetrieb."

Dass der Medienbetrieb – und zwar in steigendem Maße – auf Effekte abzielt, ist zwar richtig, kann aber nicht das Problem von Volksentscheiden sein, sondern bleibt das der Presse selbst. Im Übrigen nutzt Heisterkamp bestimmte Elemente, wie es seiner Argumentation gerade passt; so ist bei der Hervorhebung der Vorteile der repräsentativen Demokratie plötzlich die Rede davon, dass deren „Funktionieren ... durch die kritische Begleitung der medialen Öffentlichkeit geprägt" ist. Ja – was denn nun?

5. Volksentscheide schaffen keine echten Verantwortlichkeiten, da deren "Protagonisten ... nicht selbst mit ... (ihren) Folgen umgehen" müssen.

Dieses Argument ist reine Polemik, denn schließlich:

- ist – wie alle politischen Entscheidungen – kein Volksentscheid in Stein gemeißelt und kann revidiert werden;
- impliziert es, dass bei einer ‚falschen' politischen Entscheidung, wenn diese im Parlament getroffen wurde, Verantwortung klar zugewiesen werden könnte. Selbst wenn: Haben wir schon jemals erlebt, dass einzelne Politiker/innen für ‚falsche' Gesetze – wer immer dies objektiv beurteilen mag – zur Verantwortung gezogen wurden? Eben dies droht häufig nicht einmal dann, wenn es um fette Politskandale außerhalb der Gesetzgebungssphäre geht! Parteien als Ganzes –-und das ist auch gut so – mögen durch Wahlen abgestraft werden, wenn den Wähler/innen deren Politik nicht passt; aus welchem Grund sollte dies bei – schließlich auch von den Parteien – umkämpften Volksentscheiden anders sein? Der gesamte Kritikpunkt ist konstruiert und gewissermaßen kindisch.

6. Volksentscheide sind keine „Garantie für mehr politisches Engagement in der Bevölkerung oder für eine insgesamt sich vernünftiger entwickelnde Gesellschaft"

Im Leben gibt es grundsätzlich für nichts eine Garantie, und selbstredend sind mehr Volksentscheide oder mehr Volksgesetzgebung kein Allheilmittel, denn wir leben nun mal nicht in einer Welt, in der es für jedes Problem eine bestimmte Patentlösung gibt. Zudem kann *jedes* System oder Teilsystem korrumpiert ▸

werden, wenn es nicht ab und an (von möglichst vielen) kritisch geprüft beziehungsweise genutzt wird – und eben dies ist doch wohl umso eher mit einer *Zunahme* direktdemokratischer Verfahren gewährleistet. Man ersetze im Satz zu 6. ‚Volksentscheide' durch ‚Politikverdrossenheit', und schon wird ein Schuh draus!

7. Volksentscheide können zu einer „Beherrschung einer mobilisierten Minderheit über eine Mehrheit" führen

Hier wird unterschlagen, dass verfahrensspezifische Richtlinien wie Fristen und Quoren ein probates Mittel sind, derlei Extremfälle sehr unwahrscheinlich zu machen.

Schließlich zu (6) und (7): Die beiden Thesen widersprechen sich, denn angenommen, eine mobilisierte Minderheit käme im Vorfeld eines Volksentscheids tatsächlich in die Nähe eines Sieges, so täte die Gegenseite – auch vertreten durch entsprechende politische Parteien – doch alles dafür, um die Menschen von ihrer Sicht zu überzeugen. Das trüge, wenn nicht direkt zur politischen Bildung, so doch wenigstens zur Aktivierung der ‚schlafenden Mehrheit' sowie zum Diskurs zwischen allen Bürger/innen bei – und das *kann nicht* verkehrt sein!

Massive Widersprüchlichkeiten, zerrbildhafte Vereinfachungen, unzutreffende Gleichsetzungen

Die eingangs erwähnte suggestive Wirkung erwächst ferner daraus, dass Heisterkamp sich zunächst als einer präsentiert, der Volksentscheiden eigentlich positiv gegenübersteht. Doch dies steht in direktem Widerspruch zu anschließenden Äußerungen von ihm. Beispiele:

Über die ‚richtigen' Ergebnisse

„... auch bei Parlamentswahlen" „lassen sich Rechtsextreme ... nicht verhindern." und „... auch Parlamentswahlen [sind] nicht vor populistischen Tendenzen gefeit." Später jedoch verengt er das Problem der nichtdemokratischen Gesinnungen mühelos auf das Thema Volksentscheid und Volksgesetzgebung, ganz so, als käme es erst durch diese Form der politischen Partizipation auf; das ist nicht redlich. Im Übrigen ist der Hinweis, Volksentscheide könnten „zu reaktionären Ergebnissen führen", schlicht albern, denn erstens schützt einen auch die rein repräsentative Demokratie nicht vor derartigen Resultaten, und zweitens sind politisch herbeigeführte Ergebnisse kein Wunschkonzert. Dies mag Heisterkamp – wie alle, die aus einer moralisch überhöhten Haltung heraus argumentieren – ärgerlich oder „skeptisch" stimmen, aber Ergebnisoffenheit gehört nun mal zur Demokratie, und eben nicht nur zu den Instrumenten der Volksgesetzgebung!

Über die unmündigen Bürger/innen

Heisterkamp zitiert Jakob Augstein – jenen Publizisten, der das Parlament als „das Volk vor sich selbst" schützend huldigt und damit letzterem im Grunde politische Unzurechnungsfähigkeit unterstellt: Dessen „Rede von der Gesellschaft, die man vor dem Volk „schützen" müsse, ist ein gedankenloses Unding." Doch obwohl er sich damit zunächst entschieden gegen den Spiegel-Mitbesitzer abgrenzt, bläst er im gesamten dann folgenden Text letztlich in genau dessen Horn.

Der „Einfluss einer politischen Elite" darf „den Willen oder den Einfluss dieses Souveräns (des Volkes)" nicht „in Abrede ... stellen ...". Nun, wieso tut er als Publizist es dann?

Nicht zuletzt lebt sein Text von suggestiven Unterstellungen bezüglich jener, die Volksentscheide und Volksgesetzgebung grundsätzlich unterstützen:

Die These, wonach Demokratie ohne Volksabstimmungen keine echte Demokratie sei, entspräche dem „Pegida-Hass gegen das parlamentarische System", ja „einer fundamentalistischen Systemkritik", schreibt Heisterkamp. Hier betreibt er eine Polarisierung, ja *gesinnungsmäßige Spaltung* der Gesellschaft, indem er alles, was auch nur eine Spur von Grau enthalten könnte, als Schwarz deklariert. Mit dem Begriff „fundamentalistisch", der herrlich radikal klingt, unterstellt er bestimmten Bevölkerungsgruppen qua *Generalverdacht*, dass sie demokratisches Gedankengut vollkommen ablehnen. Hier bemüht er ein weiteres Mal das allzu einfache und zu bequeme Bild des abgehängten, eher ungebildeten und leicht manipulierbaren, da nur subjektiv ‚fühlenden' Wutbürgers, dem man pauschal „Hass gegen das parlamentarische System" in die Schuhe schiebt.

Die gegenwärtige Kritik an den bestehenden Verhältnissen ist größtenteils nicht gegen die Grundfesten der Demokratie selbst gerichtet, sondern wendet sich gegen die realen Aushöhlungen und Unterwanderungstendenzen innerhalb dieses Systems, die geeignet sind, es von innen heraus immer stärker zu schwächen. Gerade diese schleichenden Prozesse können demokratische Strukturen letztlich außer Kraft setzen, auch wenn deren äußere Form noch gewahrt sein mag. Deshalb gilt es, sie unbedingt zu verhindern – warum nicht auch im Wege einer zwar punktuellen, aber ernstzunehmenden Kontrollausübung durch das Volk selbst?

Schließlich unterstellt er Anhänger/innen von Volksentscheiden die Ansicht, „allein aus einer strukturellen Veränderung heraus" entstehe bereits „eine bessere Welt". Auch das ist eine bloße, durch nichts begründete Behauptung. Sie stellt die so Charakterisierten als Traumtänzer/innen und weltfremde Utopist/innen hin. Dieses letzte Argument zeigt exemplarisch, worum es Heisterkamp offenbar ging: die urdemokratische Idee einer weitreichenderen politischen Teilhabe des Volkes negativ darzustellen und sie kleinzureden. /

ARTIKEL VON JENS HEISTERKAMP:
www.jens-heisterkamp.de/die-zerbrechlichkeit-von-mobiles

Jan Veil
Musiker, Mitglied bei Mehr Demokratie Hessen.

mdintern

2.2018

EINLADUNG ZUR BUNDES-MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Liebe Mitglieder,

zur nächsten Mitgliederversammlung, die am 28. und 29. April in Fuldatal stattfindet, möchten wir Sie ganz herzlich einladen. Tagungsort ist die Tagungsstätte Reinhardswaldschule, Rothwestener Straße 2-14 in 34233 Fuldatal. Auf dieser Mitgliederversammlung wird der Bundesvorstand neu gewählt!

Ein weiterer wunderbarer Grund, zur Mitgliederversammlung zu kommen und Geschenke auszupacken: Das Stichwort „direkte Demokratie" steht zum ersten Mal in einem schwarz-roten Koalitionsvertrag. Das ist gut, es ist ein Erfolg unserer Kampagne. Die Tür zum bundesweiten Volksentscheid steht damit einen Spaltbreit offen. Wir werden auf die wahrscheinlich längste Kampagne in der Geschichte von Mehr Demokratie zurückblicken und nach vorne schauen: Jetzt gilt es, den bundesweiten Volksentscheid endgültig durchzusetzen!

Auch unser nächstes großes Projekt steht auf dem Programm: Mehr Demokratie organisiert gemeinsam mit dem Nexus-Institut, der Beratungsfirma Ifok und der Schöpflin Stiftung ein Bürgergutachten zur Zukunft der Demokratie.

Am Samstag Abend wird Andreas Bummel über „Das demokratische Weltparlament" sprechen. In seinem Buch, das er gemeinsam mit Jo Leinen geschrieben hat, stellt er ein Instrument vor, das es erlaubt, alle Mitglieder der Weltgemeinschaft in Entscheidungen von globaler Tragweite einzubeziehen. Durch die Wahlen zu einem Weltparlament sollen auch nationale Demokratisierungsprozesse stattfinden. Wir freuen uns auf die Diskussion!

TAGUNGSTERMIN UND ORT
Beginn Samstag, 28.04.2018 um 12 Uhr
Ende Sonntag, 29.04.2018 um 16 Uhr

Tagungsstätte Reinhardswaldschule
Rothwestener Straße 2-14
34233 Fuldatal.

WEITERE, DIE THEMEN DER TAGESORDNUNG BETREFFENDE ANTRÄGE AN
Mehr Demokratie e.V.
Alexander Trennheuser
Friedrich-Ebert-Ufer 52
51143 Köln
Tel. 02203-59 28 59
Fax 02203-59 28 62
antrag@mehr-demokratie.de

Einsendeschluss ist der 5. April 2018.

BEANTRAGUNG DER BRIEFWAHLUNTERLAGEN BIS 21. APRIL 2018:
Mehr Demokratie e.V.
Geschäftsführung
Tempelhof 3 – 74594 Kreßberg
Tel 07957-9239 050
Fax 07957-9249 992
briefwahl@mehr-demokratie.de

VORSTELLUNG DER KANDIDIERENDEN
ab Seite 37

Anträge

Die zum ersten Antragsschluss (1. März 2018) eingereichten Anträge und Vorlagen sind jetzt bereits im Mitgliederbereich unserer Internetseite zu finden. Anträge, die sich auf Themen dieser veröffentlichten Tagesordnung (siehe Seite 36) beziehen, sind noch bis Donnerstag, 5. April 2018 möglich. Die Vorlage für einen Antrag an die Bundesmitgliederversammlung können sie unter antrag@mehr-demokratie.de anfordern.

Bundesvorstandswahlen – Briefwahl:

1. Sie haben wieder die Möglichkeit, Ihre Stimmen zur Bundesvorstandswahl per Brief abzugeben. Der formlose Antrag auf Briefwahl muss bis spätestens 21. April 2018 bei der Geschäftsführung im Büro Tempelhof eingegangen sein. Am einfachsten per E-Mail an briefwahl@mehr-demokratie.de.
2. Bei Fragen an die Kandidierenden haben Sie die Möglichkeit, diese per Mail zu kontaktieren. Die E-Mail-Adressen finden Sie jeweils unter den Fotos auf den Seiten 38 bis 42.

AUSZUG AUS DER WAHLORDNUNG:
„Ein Mitglied kann formlos gegenüber der Geschäftsführung Briefwahl beantragen. Der Antrag muss spätestens eine Woche vor dem Wahltag bei der Geschäftsführung eingegangen sein. Die Zusendung der Briefwahlunterlagen erfolgt an die letzte von dem Mitglied dem Verein schriftlich bekannt gegebene Postadresse. Die Versendung an eine abweichende Adresse kann nur per Brief oder Telefax mit eigenhändiger Unterschrift beantragt werden".

Anmeldung, Unterkunft und Kosten

Sie können sich bereits jetzt per Mail unter mitgliederservice@mehr-demokratie.de oder telefonisch unter 07957-9239050 anmelden. Übernachtungsmöglichkeiten stehen in der Tagungsstätte Reinhardswaldschule zur Verfügung.Wir haben die Zimmer fest gebucht und bitten um frühzeitige Anmeldung, spätestens jedoch bis Donnerstag, 12. April. Ebenfalls benötigen wir eine Anmeldung zur den Mahlzeiten. Falls Sie vegetarisch essen möchten, teilen Sie uns dies bitte mit. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an den Mitgliederservice unter 07957-9239050 oder mitgliederservice@mehr-demokratie.de.

Die Teilnahme an der Bundesmitgliederversammlung nebst Verpflegung ist kostenfrei. Die Übernachtung in der Tagungsstätte kostet 42,50 Euro im Einzel- oder im Doppelzimmer. Bitte überweisen Sie den Betrag auf unser Konto (siehe Seitenspalte). Für Anfahrt und Übernachtung kann VOR der Versammlung ein Zuschuss von 75 Prozent beantragt werden. Die Anfrage ist an Alexander Trennheuser zu richten (alexander.trennheuser@mehr-demokratie.de).

Wir freuen uns auf eine spannende Mitgliederversammlung!

Für den Vorstand

Alexander Trennheuser und Bertram Böhm

ANMELDUNG

Bitte melden Sie sich bis zum 12. April 2018 an und geben Sie an, ob Sie vegetarisch essen möchten.

Mehr Demokratie e.V.
Mitgliederservice
Tel. 07957-923 9050
Fax 07957-924 9992
mitgliederservice@
mehr-demokratie.de

Kontoverbindung:
Bank für Sozialwirtschaft,
BIC: BFSWDE33MUE,
IBAN: DE14 7002 0500 0008
8581 05
Kontoinhaber:
Mehr Demokratie e.V.

Tagesordnung

Die nachfolgende Tagesordnung kann nicht mehr um neue Tagesordnungspunkte ergänzt werden. Die Frist hierfür endete am 1. März 2018. Allerdings können Anträge, die sich auf Themen der unten aufgeführten Tagesordnung beziehen, noch auf die Tagesordnung gesetzt werden. Dazu müssen sie bis Donnerstag, 5. April 2018, unter antrag@mehr-demokratie.de oder im Büro Köln eingegangen sein.

1. Begrüßung und Formalia

1.1. Formalia
1.2. Beschluss des Protokolls der letzten BMV (11.11.2017 in Kassel)

2. Berichte

2.1. Berichte aus den Landesverbänden
2.2. Bericht des Bundesvorstands inkl. Auswertung der Bundeskampagne

3. Politisches

3.1. CETA / TTIP / Japan-EU Handels- und Investitionsschutz-Abkommen
3.2. Bürgergutachten
3.3. Europäischer Bürgerkonvent

4. Finanzen

4.1. Jahresabschluss 2017
4.2. Bericht des Rechnungsprüfers
4.3. Finanzplanung 2018

5. Wahlen

5.1. Wahl der Abstimmungsleitung
5.2. Wahl des Bundesvorstandes
5.3. Wahl der Rechnungsprüfer/innen

6. Vortrag und Diskussion

Andreas Bummel: Das Demokratische Weltparlament

7. Anträge

7.1. Antrag des Bundesvorstands: Position zur Art. 146 GG
7.2. Antrag von Karl-Martin Hentschel, Tobias Schramm, Thomas Böttle, Jan Lorenz: Kinderwahlrecht
7.3. Antrag von Daniel Braun: Einrichtung eines Online-Diskussionsforums
7.4. Antrag AK Wahlrecht: Reform des Bundestagswahlrechts
7.5. Antrag von Eduard Meßmer: Demokratisierung des Vereins Mehr Demokratie e.V.
7.6. Antrag von Helena Peltonen-Gassmann: Keine Nachhaltigkeit ohne Demokratie, Transparenz und Bürgerbeteiligung (Sustainable Development Goals / Agenda 2030)
7.7. Antrag von Helena Peltonen-Gassmann: Digitalisierung und Demokratie

8. Abschluss und Verschiedenes

DIE KANDIDIERENDEN STELLEN SICH VOR

Bei den Bundesvorstandswahlen kandidieren dieses Mal zehn Personen:

Ralf-Uwe Beck,

Bertram Böhm,

Sarah Händel,

Karl-Martin Hentschel,

Felix Hoffmann,

Roman Huber,

Eduard Meßmer,

Claudine Nierth,

Susanne Socher und

Alexander Trennheuser.

Auf den folgenden Seiten finden Sie die Kandidaturen in alphabetischer Reihenfolge. Gewählt wird auf der kommenden Bundesmitgliederversammlung am 28./29. April 2018 in Fuldatal.

Sie haben auch die Möglichkeit der Briefwahl. Diese müssen Sie bis spätestens 21. April 2018 bei der Geschäftsführung im Büro Tempelhof beantragt haben. Am einfachsten per E-Mail an briefwahl@mehr-demokratie.de.

rubeck@t-online.de

Ralf-Uwe Beck

Bei Mehr Demokratie finde ich wieder, wofür wir im Herbst ’89 aufgestanden sind: jedem Menschen den aufrechten Gang zuzutrauen. Ich bin überzeugt, dass wir mit der direkten Demokratie perspektivisch eine andere politische Kultur erleben werden, die den einzelnen Menschen wahrnimmt, ihn einlädt, ermutigt und befähigt, sich einzumischen. Mit dem Einsatz für starke Bürgerrechte hilft Mehr Demokratie Menschen, sich als Bürgerin und Bürger zu entdecken, Verantwortung zu übernehmen für das Gemeinwohl. Können die Menschen mitbestimmen, wird dies zugleich zum Stachel gegen politische Behäbigkeit und Arroganz, aber auch gegen die Bequemlichkeit des Einzelnen. Mein Motto: Wenn wir aufhören, die Demokratie zu entwickeln, fängt die Demokratie an, aufzuhören.

Politisch aktiv bin ich seit 30 Jahren, immer parteilos. Ich bin ’62 im Thüringischen Eisenach geboren und dort zu Hause. Bis zur Wende war ich in freien und kirchlichen Umweltgruppen aktiv, danach zehn Jahre in Vorstandsämtern beim BUND. Seit 1999 ist Mehr Demokratie meine politische Heimat. Ich engagiere mich als Sprecher des Thüringer Landesverbandes und seit 2010 als Sprecher des Bundesvorstandes.

Angaben zur beruflichen Tätigkeit:

Beruf: Traktorist, Dipl.-Theologe
Tätigkeiten: Haushaltshilfe, Pfarrer, Umweltbeauftragter, Fundraiser;
derzeit Pressechef der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (wg. Mehr Demokratie in Teilzeit)

Mitgliedschaften und Funktionen in Unternehmen, Körperschaften/Anstalten des öffentlichen Rechts, Vereinen, Parteien, Verbänden oder Stiftungen:

Ehrenvorsitzender des BUND Thüringen, parteilos

ra.boehm@outlook.de

Bertram Böhm

Liebe Mitglieder von Mehr Demokratie,

seit vier Jahren bin ich ehrenamtliches Mitglied des Bundesvorstandes. Der gesamte Vorstand hat in den letzten Jahren harmonisch und immer auch kontrovers die wichtigen Themen von Mehr Demokratie diskutiert und beschlossen. Geprägt war die Zeit mit den Vorbereitungen zur TTIP-Kampagne und bis zum Anfang des Jahres durch die Spiegel-Kampagne. Es hat mir stets Spaß gemacht „mitzumischen“, trotz meiner beruflichen und privaten Anspannung. Meinen juristischen Sachverstand als Rechtsanwalt konnte ich an vielen Stellen einbringen. In den letzten Jahren hatten wir aufgrund der TTIP-Kampagne ein erfreulich starkes Mitgliederwachstum, das wir in den nächsten zwei Jahren weiter anschieben müssen. Je mehr Mitglieder wir sind, je mehr Spender wir haben, umso besser können wir unsere Arbeit umsetzen und bleiben unabhängig.

Wir haben uns mit Mehr Demokratie nicht nur als Verein für einen bundesweiten Volksentscheid etabliert, sondern auch als Verfechter demokratischer Grundrechte und Vordenker zur Verbesserung der demokratischen Grundlagen auf alle politischen Ebenen. Unsere zahlreichen Arbeitskreise sind dafür ein deutliches und richtiges Zeichen.

Ich möchte mit allen Mitgliedern gerne an diesen Zielen weiterarbeiten! Deshalb stelle ich mich gern zur Wiederwahl für den Bundesvorstand von Mehr Demokratie.

Angaben zur beruflichen Tätigkeit:

Rechtsanwalt seit 1995

Mitgliedschaften und Funktionen in Unternehmen, Körperschaften/Anstalten des öffentlichen Rechts, Vereinen, Parteien, Verbänden oder Stiftungen:

- Funktionen in Unternehmen: Keine
- Mitglied des Gemeinderats der Gemeinde Eching seit 2008
- Vorsitzender des Echinger Mitte e.V.; Vorsitzender des Gemeinnützigen Sozialfonds e.V.;
- Mitglied bei der GFE Gesellschaft zur Förderung der Erlebnispädagogik – www.erlebnistage.de

Sarah Händel

sarah.haendel@
mehr-demokratie.de

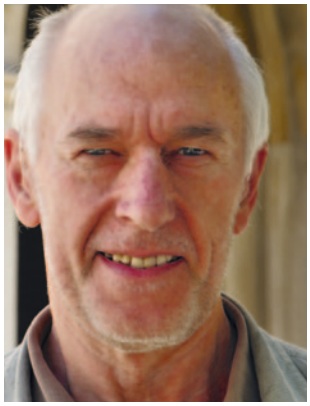
Warum das „Tier“ Mensch zum Herrscher der Erde wurde? Weil uns die Eigenschaft auszeichnet auf komplexe Art kooperieren zu können. So steht es im sehr interessanten Buch *Homo Deus* von Yuval Harari. Genauer heißt das: Besonders erfolgreich ist, wer besonders gut kooperiert. Bei uns sind das gut vernetze Eliten, die ihre Interessen bündeln und effizient miteinander abstimmen können. Dadurch verschieben sie politische Ergebnisse zu ihren Gunsten, die Folge: steigende Ungleichheit. Ich möchte, dass endlich der Rest der Gesellschaft auch in die Lage versetzt wird, effektiv zu kooperieren, Interessen zu definieren und gemeinsame Kompromisse, mit vereinter Kraft im politischen Prozess durchzusetzen. Es geht darum Menschen wirkungsvoll hinter Ideen zu vereinen. Direkte Demokratie ist ein vielversprechendes Instrument, die untergenutzten Ressourcen der Zivilgesellschaft in produktive Bahnen zu lenken, hin zu neuen gemeinsamen Zielen und weg von einer Protestkultur, die nur verhindert. Deswegen möchte ich sehr gerne weitere 2 Jahre im Bundesvorstand an der Einführung bundesweiter Volksentscheide mitarbeiten!

Ich bin 34 Jahre, habe Politikwissenschaft studiert und arbeite seit 7 Jahren beim Landesverband Mehr Demokratie Baden-Württemberg, seit 3 Jahren als Landesgeschäftsführerin.

Angaben zur beruflichen Tätigkeit:
Landesgeschäftsführerin von Mehr Demokratie Baden-Württemberg

Mitgliedschaften und Funktionen in Unternehmen, Körperschaften/Anstalten des öffentlichen Rechts, Vereinen, Parteien, Verbänden oder Stiftungen:
Keine Funktionen in sonstigen Organisationen.

Karl-Martin Hentschel



karl.m.hentschel@
mehr-demokratie.de

Liebe Mitkämpfer*innen für Mehr Demokratie,
seit vier Jahren bin ich ehrenamtlich für Euch im Bundesvorstand tätig. Seitdem habe ich mich unter anderem bei folgenden Aktivitäten beteiligt:

1. Verhinderung von TTIP und CETA: Organisation der erfolgreichen Volksinitiative in Schleswig-Holstein.
2. Demokratisches Europa: Positionspapiere „Europa neu denken und gestalten“ und „Europäischer Bürgerkonvent“ (beide auf der BMV verabschiedet). Für 2018 ist geplant: Ein Symposium im Frühjahr. Ein großer Kongress mit Attac und anderen NGOs. Eine europaweite Unterschriftensammlung im Vorfeld der Europawahlen.
3. Kommunale Demokratie: Gründung der Initiative „Starke Kommunen“ mit Experten und Bürgermeistern aus allen politischen Lagern. Veranstaltung in Berlin mit zahlreichen Fachleuten. Erarbeitung eines Positionspapiers. Mehrere Vorträge.
4. Vorbereitung und Mitarbeit an der Kampagne für den Bundesweiten Volksentscheid, insbesondere in Schleswig-Holstein.

Ich würde mich freuen, wenn Ihr mich wieder in den Vorstand wählt, damit ich diese Arbeit fortsetzen kann. Natürlich könnt Ihr mich gerne in Eure Landesverbände zu Vorträgen einladen.

Angaben zur beruflichen Tätigkeit:
http://de.wikipedia.org/wiki/Karl-Martin_Hentschel

Mitgliedschaften und Funktionen in Unternehmen, Körperschaften/Anstalten des öffentlichen Rechts, Vereinen, Parteien, Verbänden oder Stiftungen:

- Mehr Demokratie e.V.: Bundesvorstand, AK Dezentrale Demokratie und Föderalismus, AK Europa, AK Wahlrecht
- Netzwerk Steuergerechtigkeit, Koordinierungskreis
- Attac, Koordinator AG Finanzmärkte und Steuern
- keine Funktionen mehr bei BUND, Ver.di, Pro Vieh, Bündnis 90/Die Grünen

felix.hoffmann@
mehr-demokratie.de

Felix Hoffmann

Liebe Mitglieder,
in den letzten beiden Jahren habe ich die CETA/TTIP-Demo in Köln mitorganisiert und als Mitarbeiter im Landesverband Hessen die Verfassungsreform begleitet. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Das bundesweit höchste Unterschriftenquorum im Volksbegehren soll von 20 auf 5 Prozent gesenkt werden! Ohne die Unterstützung von anderen Landesverbänden wäre das nur schwer möglich gewesen. Das zeigt, dass wir erfolgreich sein können, wenn wir uns kollektiv zur Seite stehen. Mit meiner Kandidatur für den Bundesvorstand möchte ich dies aufgreifen und mich für ein starkes Miteinander, vom schwachen bis zum besser aufgestellten Landesverband, einsetzen. Daneben ist es mir als jungem Menschen natürlich ein besonderes Anliegen, nachwachsende Generationen für die direkte Demokratie zu begeistern. Ich würde mich freuen, wenn Sie und Ihr mir die Chance geben würdet, mich aktiv im Bundesvorstand für diese Ziele zu engagieren.

Geboren 1993, Studium der Politikwissenschaft und Soziologie an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg mit Abschlussarbeit zu Effekten von Volksgesetzgebungsverfahren auf den politischen Entscheidungsprozess, Mitglied seit August 2016.

Angaben zur beruflichen Tätigkeit:
Mitarbeiter im Landesverband Hessen von Mehr Demokratie

Mitgliedschaften und Funktionen in Unternehmen, Körperschaften/Anstalten des öffentlichen Rechts, Vereinen, Parteien, Verbänden oder Stiftungen:
Keine

roman.huber@
mehr-demokratie.de

Roman Huber

Für mich ist es wichtiger denn je für die Demokratie zu kämpfen. Immer mehr Menschen verlieren in den westlichen Demokratien den Glauben an die Demokratie an sich. Wir können alle aufzählen, woran dies liegt: zunehmende Ungleichheit, die Digitalisierung, immer mehr Zentralisierung bei den Medien, in der Wirtschaft und der Politik ...

Gleichzeitig haben wir in den letzten Jahren bei der Auseinandersetzung um TTIP und CETA gesehen, wie stark die Zivilgesellschaft ist, wenn sie zusammenarbeitet. Wir haben jetzt in den nächsten Jahren zum ersten Mal eine gewisse Chance, neue Gestaltungsinstrumente auf Bundesebene einzuführen, Volksentscheid und Bürgerbeteiligung. Damit aktivieren wir die kollektive Intelligenz von Millionen von Menschen.

Ich will mit aller Kraft, die ich habe, zusammen mit allen Menschen bei Mehr Demokratie einen relevanten Beitrag zur Weiterentwicklung unseres politischen demokratischen Systems leisten. In Zeiten von Donald Trump und Recep Tayyip Erdogan sollten wir wissen, was auf dem Spiel steht.

Geb. 1966, ursprünglich in der IT-Branche tätig, seit 1996 Bundesvorstand von Mehr Demokratie e.V., seit 2001 Geschäftsführender Bundesvorstand. Ich lebe in dem Gemeinschaftsprojekt www.schloss-tempelhof.de, das ich mitgegründet und aufgebaut habe.

Angaben zur beruflichen Tätigkeit:
Geschäftsführer

Mitgliedschaften und Funktionen in Unternehmen, Körperschaften/Anstalten des öffentlichen Rechts, Vereinen, Parteien, Verbänden oder Stiftungen:
Keine

Eduard Meßmer

info@solidarnosch.de

„Unser Verein nennt sich ‚MEHR Demokratie'. Aber wie sieht die innere Demokratie im Verein aus? Es wird in den MD-Vorständen auf Bundes- und Landesebene – meist ehrenamtlich – sehr gute Arbeit von intelligenten und fleißigen Menschen geleistet. Aber wie lebt der Verein seine eigenen Vorschläge zur Demokratisierung Europas und Deutschlands im eigenen Haus vor? Wo und wie sind die MD-Mitglieder tatsächlich eingebunden? Ein Hinweis auf diese Frage ergibt sowohl die Anzahl als auch die kaum wahrnehmbaren Aktivitäten der Regionalgruppen. Ohne wahrnehmbare Beiträge der Mitglieder vor Ort ist ‚(fast) alles Banane'. Dazu sollte sich in unserem Verein einiges ändern. Wir brauchen einen inklusiven und demokratisierten Verein „MEHR Demokratie 2.0". Leitmodelle: http://www.solidarnosch.de/leitmodelle.htm

61 Jahre alt, verheiratet, 3 erwachsene Kinder, wohnhaft Bühlertal (bei Baden-Baden); Studium Politik und Jura an der Uni Freiburg.

Angaben zur beruflichen Tätigkeit:

Pensionierter Kriminalbeamter; Bestellung als ehrenamtl. Richter (Beisitzer) im Verwaltungsgericht Freiburg

Mitgliedschaften und Funktionen in Unternehmen, Körperschaften/Anstalten des öffentlichen Rechts, Vereinen, Parteien, Verbänden oder Stiftungen:

- Aktiv im Verein "Gemeinwohl-Ökonomie e.V." seit 2014,
- Gemeinwohl-Forum-Baden e.V.;
- Direktkandidat der Freien Wähler bei den Bundestagswahlen 2017 im WK Rastatt;
- Mitglied im MD-Landesvorstand von Baden-Württemberg.

Claudine Nierth

claudine.nierth@
mehr-demokratie.de

Demokratie ist unsichtbar! Es sei denn wir wenden sie an. Dass wir sie anwenden, möglichst vielfältig und oft, in Wahlen, Abstimmungen und Beteiligungsverfahren aller Art – dafür kämpfe ich seit Jahren.

Als Vorstandssprecherin von Mehr Demokratie stehe ich für diese Ziele ein auf zahlreichen Veranstaltungen und Podien; allein im letzten Jahr habe ich mit über hundertfünfzig Politikern gesprochen und zehn Parteitage besucht. Ich habe die Erkenntnis gewonnen: Je höher das politischen Amt, desto geringer der Gestaltungsspielraum. Aber wo die Ohnmacht am stärksten erlebt wird, bei den Bürgern und Bürgerinnen, ist die Macht und der Gestaltungsspielraum am größten: Bürger müssen keine Kompromisse eingehen, um kein Mandat kämpfen und keinem Lobbyismus standhalten.

Diese unabhängige Gestaltungsfreiheit gilt es zu erschließen: Politik wird besser, wenn die Menschen beteiligt sind!

Mit dem neuen Koalitionsvertrag, dem zaghaften Bekenntnis zu einer Kommission, die über Bürgerbeteiligung und Volksabstimmung nachdenken soll, fängt für mich die Arbeit erst richtig an: Jetzt haben wir nicht nur den Grund, sondern endlich auch den Anlass, uns stark zu machen für eine neue politische Kultur!

Claudine Nierth, 50, Politaktivistin, seit der Gründung von Mehr Demokratie dabei und Mitinitiatorin von fünf erfolgreichen Volksinitiativen.

Angaben zur beruflichen Tätigkeit:

Politaktivistin

Mitgliedschaften und Funktionen in Unternehmen, Körperschaften/Anstalten des öffentlichen Rechts, Vereinen, Parteien, Verbänden oder Stiftungen:

- Mitglied im Aufsichtsrat der GLS Treuhand Bochum
- Vorstand der gemeinnützigen Treuhandstelle Hamburg

susanne.socher@
mehr-demokratie.de

Susanne Socher

Demokratie ist für mich mehr als ein reines Ordnungsprinzip, genau so wie die direkte Demokratie mehr ist als Volksabstimmungen. Seit 15 Jahren berate und begleite ich Initiatoren von Bürgerbegehren auf ihrem Weg vom ersten Impuls bis zur Abstimmung. Dabei geht es oft um mehr als das reine Thema. Es geht um mitwirken, gehört werden, sich einbringen und gestalten wollen. Wie dieses Ringen um die Sache und die Art und Weise der menschlichen Begegnung mit allen Beteiligten vonstatten geht, ist meiner Meinung nach ausschlaggebend für den demokratischen Prozess. Mich beschäftigt die Frage, wie wir sowohl in uns als auch mit unserem Gegenüber, zu echten Demokraten werden können. Ich glaube, dass mit der Einführung der bundesweiten Volksabstimmung unsere Arbeit erst richtig anfängt. Denn auch die demokratische Kultur muss entwickelt werden. Dazu möchte ich mich im Bundesvorstand einbringen.

Neben der Bürgerbegehrensberatung bin ich Geschäftsführerin des bayerischen Landesverbands und war letztes Jahr Vertrauensperson des Stopp-CETA-Volksbegehrens. In den vergangenen zwei Jahren habe ich in der Allianz Vielfältige Demokratie mitgearbeitet. Studiert habe ich Politikwissenschaften sowie Erwachsenenpädagogik und bin ausgebildete Mediatorin.

Angaben zur beruflichen Tätigkeit:

Landesgeschäftsführerin Mehr Demokratie in Bayern, Freiberuflich als Mediatorin, Moderatorin

Mitgliedschaften und Funktionen in Unternehmen, Körperschaften/Anstalten des öffentlichen Rechts, Vereinen, Parteien, Verbänden oder Stiftungen:

- Funktionen in Unternehmen: keine
- Funktionen in Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts: keine
- Funktionen in Vereinen/Parteien/Verbänden/Stiftungen: keine Funktion, keine Mitgliedschaft in einer Partei, Mitglied des Bund Naturschutz und OMNIBUS für Direkte Demokratie

alexander.trennheuser@
mehr-demokratie.de

Alexander Trennheuser

Ob in Ungarn, Polen, der Türkei oder den USA – weltweit geraten Demokratien und ihre Institutionen unter Druck. Sich gemeinsam diesem Trend entgegenzustellen, mutig für eine lebendige Demokratie und die dafür nötigen Reformen zu kämpfen, in Deutschland, aber eben auch in Europa, das sehe ich als eine zentrale Aufgabe von Mehr Demokratie in den kommenden Jahren! Dazu will ich gerne weiter im Bundesvorstand unseres Vereins beitragen.

Zu mir: ich bin 38 Jahre alt und lebe mit meiner Familie in Leverkusen. Studiert habe ich Sozialwissenschaften. Seit 2008 arbeite ich hauptamtlich als Geschäftsführer für Mehr Demokratie in NRW. Ich vertrete Mehr Demokratie seit 2016 im Council von Democracy International, den ich seit Februar 2018 auch koordiniere. Ich bin kein Mitglied einer Partei und habe keine weiteren Funktionen in anderen Organisationen inne.

Seit 2012 bin ich Mitglied des Bundesvorstands von Mehr Demokratie. Ein Schwerpunkt meiner Arbeit bleibt dabei die Stärkung unserer Landesverbände. Damit die direkte Demokratie in Deutschland von unten wachsen kann, brauchen wir Reformen in den Bundesländern – und die werden wir nur mit starken Landesverbänden erreichen. Dafür bitte ich um Ihre und Eure Stimme.

Angaben zur beruflichen Tätigkeit:

Landesgeschäftsführer für Mehr Demokratie in NRW

Mitgliedschaften und Funktionen in Unternehmen, Körperschaften/Anstalten des öffentlichen Rechts, Vereinen, Parteien, Verbänden oder Stiftungen:

Keine

KONTAKT

Landesbüro Baden-Württemberg
Rotebühlstr. 86/1, 70178 Stuttgart
Tel. 0711-509 10 10, Fax 0711-509 10 11
info@mitentscheiden.de

Landesbüro Bayern
Schwanthalerstr. 120, 80339 München
Tel: 089-462 242 05 oder 08071-597 51 20
bayernbuero@mehr-demokratie.de

Landesbüro Berlin/Brandenburg
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80
berlin@mehr-demokratie.de

Landesbüro Bremen/Niedersachsen
Bernhardstr. 7, 28203 Bremen
Tel. 0421-79 46 370, Fax 0421-79 46 371
bremen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Hamburg
Mittelweg 12, 20148 Hamburg
Tel. 040-317 691 00, Fax 040-317 691 028
info@mehr-demokratie-hamburg.de

Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern
Hermannstr. 36, 18055 Rostock
mecklenburg-vorpommern@mehr-demokratie.de

Landesbüro Nordrhein-Westfalen
Friedrich-Ebert-Ufer 52, 51143 Köln
Tel. 02203-59 28 59, Fax 02203-59 28 62
nrw@mehr-demokratie.de

Landesbüro Sachsen
Hoyerswerdaer Straße 28, 01097 Dresden
sachsen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Schleswig-Holstein
Dorfstr. 2a, 24975 Husby
Tel. 04634-936 76 16, Mobil 0157-522 432 20
sh@mehr-demokratie.de

Landesbüro Thüringen
Trommsdorffstr. 5, 99084 Erfurt
Tel. 0176-240 857 58 (Philipp Gliesing)
thueringen@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Hessen
Matthias Klarebach, Dirk Oestreich
vorstand@md-hessen.de
Felix Hoffmann (Tel. 0152-327 095 38)
felix.hoffmann@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Rheinland-Pfalz
Gert Winkelmeier
Tel. 02684-61 07, Fax 02684-959 291
gert.winkelmeier@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Saarland
Thomas Gretscher
Tel. 0681-416 36 41
thomas.gretscher@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Sachsen-Anhalt
Hans-Dieter Weber
Tel. 0172-394 88 61
hdum-weber@t-online.de

ARBEITSBEREICHE

Geschäftsführung und Kuratorium
Roman Huber, Büro Tempelhof
roman.huber@mehr-demokratie.de
Tim Weber, Büro Bremen
tim.weber@mehr-demokratie.de

Service für Mitglieder und Förderer
Carola Hadamovsky, Büro Tempelhof
mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Pressesprecherin
Anne Dänner, Büro Berlin
presse@mehr-demokratie.de

Internet
Charlie Rutz (Redaktion), Büro Berlin
charlie.rutz@mehr-demokratie.de
Stefan Padberg (Technik)
webmaster@mehr-demokratie.de

Vorträge und Repräsentation
Ralf-Uwe Beck, erreichbar über Büro Berlin
Claudine Nierth, erreichbar über Büro Berlin

Finanzierung und Stiftung
Katrin Tober, Büro Bremen
katrin.tober@mehr-demokratie.de

Wissenschaft und Dokumentation
Frank Rehmet, Büro Hamburg
frank.rehmet@mehr-demokratie.de

Lobbyarbeit
Claudine Nierth, erreichbar über Büro Berlin
claudine.nierth@mehr-demokratie.de
Oliver Wiedmann, Büro Berlin
oliver.wiedmann@mehr-demokratie.de

Democracy International
Daniel Schily, Büro NRW
daniel.schily@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Europa und Welt
Stefan Padberg
stefan.padberg@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Bürgerbegehren
Susanne Socher, Büro Bayern
beratung@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Wahlrecht
Paul Tiefenbach, Büro Bremen
paul.tiefenbach@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Bürgerbeteiligung
Christian Büttner, erreichbar über Büro Ba-Wü
christian.buettner@mitentscheiden.de
Fabian Reidinger, erreichbar über Büro Ba-Wü
fabian.reidinger@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis dezentrale Demokratie
Karl-Martin Hentschel
karl.m.hen@googlemail.com

Beratung von Bürgerbegehren
Bei den Landesbüros oder zentral:
beratung@mehr-demokratie.de

BUNDESBÜROS

Bundesbüro Tempelhof
Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-924 99 92
mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Bundesbüro Berlin
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80
berlin@mehr-demokratie.de

IMPRESSUM

Herausgeber (V.i.s.d.P.)
Mehr Demokratie e.V.
Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-924 99 92
info@mehr-demokratie.de

Redaktion
Neelke Wagner
Redaktionsanschrift:
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80
zeitschrift@mehr-demokratie.de

Abonnement
18 Euro für vier Ausgaben jährlich.
Für Mitglieder und Förderer von
Mehr Demokratie e.V. ist der Abopreis
durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Anzeigen
Preisliste Nr. 4 vom 11.4.2012

Druck
Druckerei & Verlag Steinmeier GmbH&Co.KG
100% Umweltpapier

Konto
Mehr Demokratie, BfS München
IBAN: DE14 700 2050 0000 885 8105
BIC: BFSWDE33MUE

Kleingedrucktes
Nachdruck frei, Quellenangabe und Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Vereins wieder. Für unaufgefordert eingesandte Artikel kann keine Haftung übernommen werden. Die Redaktion behält sich die Kürzung/Nicht-Veröffentlichung von Leserbriefen vor.

Redaktionsschluss
Für Heft 3/2018: 15.05.2018

Bildnachweis
Soweit nicht anders angegeben, stammen die Bilder dieser Ausgabe aus unserer Datenbank, von Fotolia oder Photocase.

Gestaltung
Susanne Appelhanz (www.change-ahoy.de), Neelke Wagner

EINLADUNG ZUM **DEMOKRATIE-FEST**

Am 15. September 2018 feiern wir 30 Jahre Mehr Demokratie. Sie sind herzlich eingeladen, nach Berlin zu kommen und mit uns zu feiern. Es erwartet Sie die große Demokratie-Gala und natürlich Buffet, Tanz und Musik. Die Feier kostet keinen Eintritt. Statt Geschenken freuen wir uns über eine Demokratie-Spende!

WANN UND WO?

- am 15. September 2018 ab 18 Uhr
- LaLuz in den Osramhöfen (Oudenarder Str. 16-20, 13347 Berlin)

DAS PROGRAMM

ab 18 Uhr: Sektempfang
18:30 Uhr: **Die große Demokratie-Gala**
20:00 Uhr: Buffet
ab 21 Uhr: Tanz und Musik

ANMELDUNG ERFORDERLICH!

Bitte melden Sie sich zeitnah an, wenn Sie an dem Demokratie-Fest teilnehmen möchten. Die Plätze sind begrenzt. Sie erhalten dann eine Eintrittskarte per Post.

UNTERKUNFT

Bitte kümmern Sie sich selbst um eine Unterkunft! Eine frühzeitige Buchung ist ratsam, da am Wochenende vom 14.-16. September 2018 zahlreiche Events in Berlin stattfinden. Wir empfehlen das Steps-Hotel in unmittelbarer Nähe zur Veranstaltung:

Steps-Hotel Mitte/Wedding
Liebenwalder Straße 22
13347 Berlin
www.steps-hotel.de

ANMELDUNG UND WEITERE FRAGEN AN

Mehr Demokratie e.V. Mitgliederservice
Tempelhof 3
74594 Kreßberg
Tel 07957-923 9050
Fax 07957-924 9992
mitgliederservice@mehr-demokratie.de

STATT GESCHENKEN FREUEN WIR UNS ÜBER EINE DEMOKRATIE-SPENDE!

Spendenmöglichkeit:
Mehr Demokratie e.V.
IBAN: DE57 7002 0500 0008 8581 05
BIC: BFSWDE33MUE bei der Bank für Sozialwirtschaft